2. Teil der Zusammenfassung der Rede des Genossen Enver Hoxha S.5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 42 vom 19. Oktober 1974 | 8. Jahrgang | 50 Pfennig

Wahlen zur Volksversammlung in Albanien:

Ein grosser Sieg für die Volksmacht und die Partei derArbeit

Am 6. Oktober fanden in Albanien die Wahlen für die Abgeordneten der Volksversammlung, dem höchsten Organ der Staatsmacht Albaniens, statt. Die zentrale Wahlkommission gab in einem Bericht die endgültigen Wahlergebnisse bekannt: ,Am 6. Oktober 1974", heißt es im Kommunique, „bekundete das albanische Volk in einer Atmosphäre der Freude, Begeisterung und noch nie dagewesener Mobilisierung im ganzen Land zu Ehren des ruhmreichen 30. Jahrestages der Befreiung des Vaterlandes und des Sieges der Volksrevolution seine Liebe zur Partei der Arbeit und zur Volksmacht."

,Größte Begeisterung und Optimismus erweckte im ganzen albanischen Volk während der Wahlkampagne die programmatische Rede, die Genosse Enver Hoxha auf dem Treffen mit den Wählern des Wahlbezirkes 209 gehalten hat (s. RM Seite 5). Die zentrale Wahlkommission erörterte alle Materialien der Wahlen und stellte fest, daß die Wahl der Abgeordneten der Volksversammlung in allen Wahlzentren im Lande und im Ausland, bei den diplomatischen Vertretungen der Volksrepublik Albanien und auf den Schiffen auf hoher See, in Einklang mit der Verfassung der Volksrepublik Albanien und mit dem Gesetz über die Wahl der Volksversammlung stattgefunden haben. An der Wahl für die Abgeordneten der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien nahmen 1 248 530 Wähler teil. Das sind 100% aller Wahlberechtigten. Für die Kandidaten der demokratischen Front stimmten in 250 Wahlbezirken 100% aller Wähler.

Die Teilnahme an den Wahlen und die bei der Wahl erzielten Ergebnisse sind ein weiterer großer politischer Erfolg, eine glänzende Manifestation der stählernen moralisch-politischen Einsicht des albanischen Volkes in der demokratischen Front, seiner Geschlossenheit um die Partei der Arbeit Albaniens mit dem geliebten Führer und Lehrmeister der Partei und des Volkes, Genossen Enver Hoxha an der Spitze.

Die Wahl vom 6. Oktober konsolidierte weiter die bei der großen Arbeit für den Aufbau des Sozialismus erzielten Erfolge. Sie sind ein Ausdruck der unerschütterlichen Entschlossenheit des albanischen Volkes, die marxistisch-leninistische Lehre der Partei der Arbeit bis zum Schluß zu verfolgen und anzuwenden. Das albanische Volk stimmte für seine besten Söhne und Töchter und damit für seine glückliche sozialistische Zukunft.

Kapitalisten, IGM-Apparat, D"K"P gegen Stahlkollegen

Nur entschlossener Kampf kann neuen Lohnraub verhindern!

Die erste Verhandlungsrunde in der Stahlindustrie ist gelaufen. Die Stahlwerker aber haben von diesen Verhandlungen nichts zu erwarten. 14% haben die IGM-Bonzen gefordert, und die ersten Runden im Schattenboxen zwischen IGM-Apparat und Stahlkapitalisten haben bereits gezeigt, daß Bosse und Bonzen sich nach den sattsam bekannten „harten und schwierigen Verhandlungen" irgendwo in der Nähe der 10%-Marke in die Arme fallen wollen. Die Stahlarbeiter können nur auf eines bauen: auf ihre gewachsene Kampfkraft, auf entschlossene Kampfaktionen, um das abgekartete Spiel von Stahlkapitalisten und IGM-Apparat zu durchkreuzen, den geplanten neuerlichen Lohnraub zu verhindern

Stahlkapitalisten und IGM-Bonzen haben diese für sie große Gefahr erkannt. Sie wissen, daß die 14%-Forderung kaum in den Betrieben verankert ist, weil sie zu niedrig und obendrein auch noch spalterisch ist; denn wie jede Prozent-Forderung vergrößert sie den Abstand zwischen den Lohngruppen. Sie wissen, daß viele Kollegen ihr Spiel durchschauen, die Lohnforderung mit Forderungen des Manteltarifs zu kombinieren, um hinterher den Lohnraubabschluß mit einem Tag mehr Urlaub zu „rechtfertigen."

Darum geben sie sich erst einmal knallhart und erklären, die 14% seien eben eine „Mindestforderung" von der jetzt auch „kein Prozent runtergegangen werde." Die ganz hohen IGM-Tiere legen sich allerdings nicht so fest, sie wollen hinterher schließlich nicht als Lügner dastehen. Sie schicken ihre Betriebsräte und Ortssekretäre vor. Hauptsächlich aber haben es die D„K"P-Revisionisten übernommen, mit dieser Masche für die 14%-Forderung des Apparates zu werben. „14% – Keinen Pfennig weniger!" – so oder ähnlich tönt die D„K"P-Zeitung UZ fast täglich. Daß die IGM-Bonzen die 14% wirklich durchsetzen wollen, glauben die D„K"P-Revisionisten natürlich selbst nicht. **Was erreicht werden soll, ist klar: Sie wollen die Empörung der Kollegen über die 14%-Forderung kanalisieren, indem sie die Taktik ausgeben, jetzt müssen wenigstens 14% erkämpft werden. So hoffen sie einerseits, die Kollegen vom selbständigen Kampf für ihre wirklichen Forderungen abhalten zu können, andererseits wollen die D„K"P-Revisionisten sich damit als „konsequenter und kämpferischer" Flügel der IGM präsentieren.**

So wird bereits am Anfang dieser Tarifbewegung klar, welche Ziele die D„K"P-Revisionisten mit ihrer Politik verfolgen: sie wollen die Arbeiterklasse ideologisch und organisatorisch an den Kapitalismus ketten, sie vom revolutionären Klassenkampf abhalten.

Die kommenden Tarifbewegungen stehen unter dem Vorzeichen der verschärften Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems. „Massenkaufkraft erhöhen" – mit diesem Slogan wollen die D„K"P-Revisionisten uns einreden, höhere Löhne seien auch im Interesse der Kapitalisten, weil dadurch die Krise behoben werden könnte.

In Wirklichkeit versuchen die Kapitalisten gerade in der Krise, die Ausbeutung zu verschärfen, die Löhne zu drücken, um so die Profite hereinzukriegen, was durch die einfache Ausweitung der Produktion wegen der schlechten Absatzlage nicht erzielt werden kann. Gerade in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit versuchen die Kapitalisten die Löhne abzubauen, weil sie darauf spekulieren, daß die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes die Kollegen zum Stillhalten veranlaßt.

Gerade jetzt tritt also der unversöhnliche Charakter des Widerspruches zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, besonders klar zutage. Gerade jetzt zeigt sich besonders deutlich, daß die von den D„K"P-Revisionisten propagierte Politik der „Klassenversöhnung" den Tatsachen Hohn spricht und nur dazu dienen soll, die Arbeiterklasse zu hindern, auf dem Weg des unversöhnlichen Klassenkampfes voranzuschreiten.



Frühjahr 1973: Demonstration streikender Hoesch-Arbeiter in Dortmund.

Guilleaume-Ausschuß -

Betrug, Korruption, dunkle Geschäfte

Der Guilleaume-Ausschuß der Bundestages hat seine Zeugenvernehmungen abgeschlossen und will erst wieder nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern zusammentreten. In den letzten Wochen und Monaten sind vor dem Ausschuß fast alle „Grössen" der Bonner Politik aufmarschiert: Brandt und Genscher, Wehner und Nollau, Minister, Staatssekretäre und Geheimdienstchefs. Das alles sollte den Eindruck erwecken, daß hier ernsthaft und gründlich der Hintergrund der Spionageaffaire Guilleaume untersucht werde.

In Wirklichkeit wurde der Ausschuß von dem Parlament der Kapitalistenklasse eingesetzt, um die Empörung des Volkes über die Wühlarbeit des Moskauer Spions zu beruhigen, genau so, wie der „Steiner-Wienand-Ausschuß" eingesetzt wurde, um das Ansehen des Parlamentes aufzupolieren. Von vorneherein hatte der Ausschuß darauf verzichtet, die Tatsache zu untersuchen, daß Guilleaume ein Spion Moskaus, der sowjetischen Sozialimperialisten ist. Wie dieser Agent ins Kanzleramt eindringen konnte, wurde nicht geklärt. Er selbst wurde nicht einmal vorgeladen, wie es hieß, um die „Inszenierung eines Spektakulums zu vermeiden."

Stattdessen bot die „Arbeit" des Ausschusses ein abstoßendes Bild der Verfaultheit und Verlogenheit der kapitalistischen Politiker, ein Bild der Volksfeindlichkeit der kapitalistischen Staatsorgane. Jede Partei, jeder Politiker benutzte den Ausschuß dazu, die schmutzige Wäsche des anderen zu waschen. Einer beschuldigte den anderen, „verantwortlich" zu sein. Einmal werden die „Untersuchungen" ausgedehnt, ein andermal eingeschränkt, wie es gerade vorteilhaft ist.

Fortsetzung auf Seite 6

AUS DEM INHALT

Weltwährungskonferenz

Imperialisten drohen und erpressen!

Ende September fand in Washington die Weltwährungskonferenz statt. In ihrem Rahmen trafen sich die größten westlichen imperialistischen Mächte mit den USA und der Bundesrepublik an der Spitze zu Geheimverhandlungen. Hinter verschlossenen Türen beschlossen sie, ihren Druck und ihre Erpressungen gegen die ölproduzierenden Länder der 3. Welt zu verstärken, planten sie neue Einmischungen in die inneren Angelegenheiten dieser Länder, um ihre Ölreichtümer auszuplündern und ihre Wirtschaft zu kontrollieren.

Um die Völker über ihre wahren Absichten zu täuschen, ließen die Imperialisten ihre Propaganda auf Hochtouren laufen. Sie sprachen von einem „maßlosen Preisdiktat", beschworen die „Gefahr eines Zusammenbruchs von Sicherheit und Ordnung" durch die ölproduzierenden Länder herauf und stellten sich überhaupt als die armen, verfolgten Opfer der „Machtgier und Profitinteressen" der Ölländer hin. Damit stellten sie die Tatsachen völlig auf den Kopf.

Tatsache ist, daß die Imperialisten, allen voran die USA-Imperialisten, seit Jahrzehnten die Völker der ölproduzierenden Länder bis aufs Blut ausgepreßt haben. Es ist bekannt, daß die USA-Imperialisten mehr als einmal Aggressionskriege gegen die arabischen Völker angezettelt haben, daß sie überall mit Aggression und Erpressung drohen und die Völker in Armut und Not stürzen.

Auch die andere Supermacht, die Sowjetunion , erpreßt die Völker und droht ihnen. In der kritischen Phase des Oktoberkrieges haben die neuen Zaren im Kreml arabisches Öl in den Westen verkauft und so den Ölboykott der arabischen Länder sabotiert, um Superprofite zu machen. Ein Jahrzehnt lang verkauften sie ihr Öl an die Länder des Warschauer Paktes doppelt so teuer wie an den Westen.

Die ölproduzierenden Länder der 3. Welt haben sich mehr und mehr gegen die Einmischung, Aggression und Ausplünderung durch die Imperialisten, vor allem durch die beiden Supermächte, zur Wehr gesetzt. Im letzten Jahr setzten sie während des Aggressionskrieges der Zionisten gegen die arabischen Länder den Ölboykott als Waffe ein. Sie brachen das Monopol der Imperialisten über die Ölpreise, wehrten sich gegen den Raubbau an ihren Reichtümern, indem sie die Ölproduktion drosselten, beschränkten die Rechte der internationalen Monopole in ihren Ländern bzw. jagten sie vollständig davon.

Tatsache ist, daß die Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte, ihre Einmischungen, Erpressungen und Aggressionen niemals aufgeben werden. **Während der Konferenz in Washington drohten die USA-Imperialisten den ölproduzierenden Ländern der 3. Welt mit militärischen Aktionen, wenn sie nicht nachgeben würden. Die westdeutschen Imperialisten ließen in Tokio den ehemaligen Bundesminister Dohnany auftreten und frech erklären: Die Entwicklungsländer haben kein Recht, unbeschränkt über ihre Rohstoffe zu verfügen.** Zur gleichen Zeit mit diesen Drohungen propagierten die Imperialisten verstärkt gemeinsame Projekte mit dem Geld der Ölländer, den „Öldollars", darunter die Gründung einer gemeinsamen Investitionsbank. Die Imperialisten behaupten, daß solche Projekte von gemeinsamem Nutzen sind. In Wirklichkeit wollen sie dieses Geld für sich nutzen, dienen die gemeinsamen Projekte dazu, in der 3. Welt einen von ihnen manipulierten Geldmarkt zu eröffnen, um die Wirtschaft der ölproduzierenden Länder zu kontrollieren und ihre wirtschaftliche Monopolstellung in der Welt aufrechtzuerhalten. Dem gleichen Zweck dient auch das von den sowjetischen Sozialimperialisten vorgeschlagene Projekt, die ölproduzierenden Länder sollten ihre „Dollars" auf Bankkonten in der Sowjetunion einzahlen.

Die ölproduzierenden Länder der 3. Welt haben sich jedoch nicht einschüchtern lassen. Sie haben Verteidigungsmaßnahmen ergriffen, wie Saudi-Arabien, das seine Ölquellen vermint hat und die heuchlerischen Angebote zurückgewiesen. Auch die Spaltungsversuche der Imperialisten, der Versuch, die Länder ohne Öl gegen die Ölländer aufzuhetzen, ist fehlgeschlagen. Die ölproduzierenden Länder haben diesen zinslose Kredite zugesagt, um ihre Schwierigkeiten zu überwinden, und enttäuscht schreibt das „Handelsblatt", daß auf der Weltwährungskonferenz der „Aufstand der Habenichtse" gegen die Ölländer nicht stattgefunden hat. Die Völker der 3. Welt werden sich gegen die Aggressionen und Erpressungen der Imperialisten weiter im Kampf zusammenschließen.



Militärische Bedrohung der Mittelmeervölker und arabischen Völker durch die 6. Flotte der US-Imperialisten.

KP Britanniens/ML rief zum Wahlboykott auf

"Es gibt nur eine Lösung für Britannien: den Sozialismus..."

Wieder einmal machten sie größte Versprechungen, um den Eindruck zu erwecken, daß mit der Wahl des einen oder anderen sich alles zum Besseren wenden würde: Zum zweitenmal in diesem Jahr standen sich Labour und Konservative in Großbritannien im Wahlkampf gegenüber und veranstalteten ein großes Spektakel. Mit wenigen Sitzen Mehrheit nur konnte Labour nun die neue Regierung bilden.

Die Versprechungen beider Parteien waren in der Tat groß: Sie versicherten den Wählern, daß – der eine besser als der andere – Konzepte und Pläne besäße, um Britannien aus seiner schweren ökonomischen Krise herauszuführen. Neue Regierung – neues Spiel? Waren es nicht bei den letzten Wahlen im Februar genau die gleichen Versprechungen? Und dennoch hat sich die Krise verschärft, in der sich Britannien wie alle kapitalistischen Länder befindet, erheblich weiter verschärft, haben die britischen Imperialisten ihre Anstrengungen sogar noch erhöht, um die Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. Nicht einmal die Times mag die leeren Versprechen der bürgerlichen Parteien noch glaubhaft aufzutischen. Sie gibt zu, daß „das Land nicht davon überzeugt ist, daß irgendeine der zwei oder drei Parteien die gegenwärtige Krise überwinden wird. Der Labour-Partei mißlang die Lösung der nationalen Wirtschaftsprobleme in den 6 Jahren von 1964 bis 1970. Den Konservativen passierte das gleiche in den Jahren 1970 bis 1974. Kein Mensch glaubt, daß die Liberalen diese Probleme lösen können."

Keine bürgerliche Partei ist in der Lage, die Krisenhaftigkeit des britischen Imperialismus zu beseitigen. Sie kann nur dadurch gelöst werden, indem das kapitalistische System selbst, die Ursache dieser Krisen, beseitigt wird. Die britischen Werktätigen, die sowohl mit Labour als auch mit den Konservativen schlechte Erfahrungen haben machen müssen, erkennen dies immer klarer. Für die Bourgeoisie aber bedeutet die Reifung dieser Erkenntnis unter den Werktätigen, daß die Zeichen auf Sturm stehen. Sie hofft vorerst noch, aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, indem sie einen noch lauteren Rummel um den Parlamentarismus entfaltet. So ist es kein Wunder, daß die Wahlen in Britannien gerade jeweils dann stattfanden, als die Empörung der britischen Werktätigen sich verschärfte. Im Februar dieses Jahres war es der entschlossene und anhaltende Kampf der Bergarbeiter, der die Bourgeoisie veranlaßte, Wahlen durchzuführen, um mit großen Versprechungen die Arbeiter zu täuschen, sie vom Kampf abzuhalten, ihre gemeinsame Front zu spalten, in der Hoffnung, das Heft wieder fest in die Hand zu bekommen.

Doch daß heute, etwas mehr als ein halbes Jahr später, die britische Bourgeoisie sich schon wieder gezwungen sieht, zu diesem Trick zu greifen, zeigt, daß dieser Betrug keine nachhaltigen Erfolge mehr zeitigt.

Die Verschärfung der Krise, die in den letzten Wochen stark ansteigende Zahl der Arbeitslosen – allein bei Ford wurden 4 000 Arbeiter auf einen Schlag entlassen, hat die Kampffront der britischen Arbeiterklasse noch enger zusammengeschlossen. Ihr beharrlicher Wille, sich von der Ausbeutung und Unterdrückung durch die britische Monopolbourgeoisie zu befreien, ist die beste Gewähr dafür, daß auch das erneute Wahlmanöver der britischen Bourgeoisie zum Scheitern verurteilt ist und die politische Krise der britischen Bourgeoisie sich zuspitzen wird.

Die Kommunistische Partei Britanniens (Marxisten-Leninisten) hat die britische Arbeiterklasse vor der Wahl aufgerufen, sich nicht an dem Wahlspektakel zu beteiligen, sich ablenken zu lassen, sondern sich auf die Revolution vorzubereiten. In ihrem Zentralorgan „The Worker" unterstreicht sie: **„Was auch immer bei den Wahlen herauskommen wird, es wird die Verstärkung der gegenwärtigen Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse und ihre hart erkämpften Rechte und Freiheiten bedeuten." „Es gibt nur eine Lösung für Britannien: Den Sozialismus und die Herrschaft der Arbeiterklasse. Und das wird nicht durch ein Kreuz auf einem Stück Papier erreicht. Für die Arbeiterklasse gibt es nur eines: Revolution."**

Gierek bettelt in Washington

Der Führer der polnischen Revisionisten Gierek reiste nun persönlich in die USA, um sich vom Weißen Haus weitere Almosen zu erbetteln. Er wird sich mit Ford treffen, um über Fragen von beiderseitigem Interesse zu verhandeln, um Industrieanlagen aus den USA im Werte von über 1 Milliarde Dollar pro Jahr, sowie Überschüsse amerikanischer Agrarprodukte einzukaufen. Die Verschuldung der polnischen Wirtschaft, ihre Abhängigkeit von ausländischem Kapital wird damit in noch stärkerem Maße zunehmen.

Den ersten großen Aufschwung hatte die polnisch-amerikanische Zusammenarbeit nach dem Nixon-Besuch in Warschau genommen. Nixon hatte damals den Boden bereitet für einen breiten Vorstoß des amerikanischen Kapitals und der amerikanischen Kultur in Polen. Dem gleichen Zieldienteauch der gegenwärtige Besuch Giereks in den USA.

Wie die polnische Nachrichtenagentur berichtet, soll der Handelsaustausch zwischen beiden Ländern bis zum Ende des laufenden Jahres den Wert von 700 Mill. Dollar erreichen. Ursprünglich war dieser Betrag erst für 1975 vorgesehen. Polen ist heute der zweitgrößte osteuropäische Handelspartner der USA. Die US-Imperialisten sind natürlich sehr zufrieden damit, daß die polnische Bourgeoisie ihnen Tür und Tor des Landes aufreißt . Das ist auch der Grund, warum sie bereit sind, den polnischen Revisionisten auf deren Drängen hin immer wieder neue Kredite zu geben. So beträgt der jetzige Handelskredit 28 Millionen Dollar.

Besonders interessiert sind die amerikanischen Monopole an sogenannten Kooperationsbetrieben. Das sind Betriebe, an denen die ausländischen Imperialisten mit ihrem Kapital beteiligt sind, und wo sie gemeinsam mit der neuen polnischen Bourgeoisie die Arbeitskraft der polnischen Werktätigen ausbeuten, der Profit geteilt wird. Zu dieser verstärkten Kooperation gehört auch das vor einigen Tagen in Warschau unterzeichnete Abkommen über die Zusammenarbeit amerikanischer und kanadischer Banken an der Entwicklung der polnischen Kupferindustrie.

Die zunehmende polnisch-amerikanische Zusammenarbeit verstärkt sich zu einer Zeit, da beide Seiten auf große Schwierigkeiten stoßen.

Das amerikanische Monopolkapital ist wegen seiner wirtschaftlichen, politischen und anderen Interessen gegenüber den polnischen Revisionisten sehr großzügig. Denn da die kapitalistische Welt in einer tiefen Krise steckt, der US-Imperialismus bereits mehrere Märkte verloren hat, ist für die amerikanischen Imperialisten der polnische Markt eine günstige Gelegenheit. Darüberhinaus aber hat das verstärkte wirtschaftliche Eindringen des US-Imperialismus in die revisionistischen Länder große Bedeutung für das Ringen zwischen US-Imperialismus und sowjetischem Sozialimperialismus um die Hegemonie in Europa und auf der ganzen Welt. Denn jeder Wirtschaftskredit, jedes Abkommen zwischen diesen Ländern erweitert den Einfluß des US-Imperialismus in der Herrschaftssphäre der sowjetischen Sozialimperialisten.

Andererseits aber befindet sich auch die neue polnische Bourgeoisie in Schwierigkeiten. Der Schuldenberg durch die ausländischen Kredite wird immer grösser, die Zinslast immer drückender. Vor allem ist es die räuberische Politik, die die Sowjetrevisionisten in Polen betreiben, die Polens Lage noch mehr verschlechtert. Die Gierek-Clique macht sich daher Hoffnungen, mit den Almosen des US–Imperialismus aus den Schwierigkeiten wieder herauszukommen.

Aber das sind Illusionen der revisionistischen Gierek-Clique! Genosse Enver Hoxha, Vorsitzender der Partei der Arbeit Albaniens, unterstrich in seiner Wahlrede am 3. Oktober: **„Der amerikanische Imperialismus zerquetscht die Völker unter seinem blutigen Stiefel. Er erdrückt seine Verbündeten, indem er sich mit allen Mitteln bemüht, sie unter den ständigen Drohungen der Wirtschaftskrise, der Atombombe, der sowjetischen Gefahr, der Intrigen und der Diversionen zu halten."** Es ist gewiß, daß die US-Imperialisten sich gegenüber den polnischen Revisionisten nicht anders verhalten werden.

Wer aber dabei wirklichen Schaden leidet, das sind die werktätigen Massen Polens. Sie, die bereits unter der Ausplünderung durch die sowjetischen Sozialimperialisten schwer zu tragen haben, werden durch die Zusammenarbeit der polnischen Revisionisten und der US-Imperialisten zusätzlich ausgebeutet, da zu der Ausbeutung durch die Sowjetrevisionisten und durch die einheimische Bourgeoisie noch die durch die amerikanische Monopolbourgeoisie hinzukommt. Sie werden sich nicht von der Demagogie der Gierek-Clique täuschen lassen, die diese Zusammenarbeit so darstellt, als wäre sie im Interesse des Volkes.



Westberlin:

Unter den Parolen: „10 Jahre Volkskrieg in Mozambik. Es lebe die FRELIMO!" versammelten sich am 28. September etwa 100 Kollegen, Freunde und Genossen zu einer Veranstaltung der Partei im Norden Westberlins. Der Agitproptrupp „Roter Morgen" hatte eigens für diese Veranstaltung ein Lied zur Unterstützung des Kampfs der Völker von Angola, Mozambik, Guinea-Bissao und der Kapverdischen Inseln verfaßt und trug es unter großem Beifall vor. Die Betriebszelle der Partei bei AEG Brunnenstraße prangerte den schändlichen Verrat der modernen Revisionisten der „S"EW am Kampf des Volkes von Mozambik an. Während diese Verräter antiimperialistische Solidarität heucheln, laden sie gleichzeitig die Bosse der AEG, die allein 200 Millionen DM am Bau des Cabora-Bassa-Staudammes verdienen, zu einer Veranstaltung ein und preisen dieses imperialistische Bauerwerk als segensreiche Tat der Industrienation an . Der Redner der Partei erklärte dagegen, daß die beste Unterstützung für den Kampf der unterdrückten Völker der Kampf für den Sturz des Imperialismus im eigenen Land sei. Die ganze Veranstaltung verlief in kämpferischer Stimmung. Im Geist des Proletarischen Internationalismus wurden am Schluß DM 558,32 für die FRELIMO gesammelt.

München:

Das Extrablatt des ROTEN MORGEN zum Kampf der Bauern nutzten auch Münchner Genossen, um aufs Dorf zu gehen, Gespräche mit den Bauern zu führen, sie mit der Partei vertraut zu machen. Waren viele Bauern noch mitten in der Ernte und hatten kaum Zeit, so nahmen sie sich doch eine halbe Stunde Zeit, um mit den Genossen zu diskutieren. Die Diskussionen zeigten ein großes Interesse dieser Kleinbauern am Sozialismus in China und Albanien. Eine Frau hatte das Extrablatt sogar schon bekommen und von Anfang bis Ende gelesen. Sie meinte: „Einer bei uns im Dorf der vertritt auch den ROTEN MORGEN – und wissen's, der vertritt ihn gut!"

Auch Genossen aus Recklinghausen fuhren mit mehreren Trupps in die benachbarten Außenbezirke des Kreises Recklinghausen, verteilten das Bauernextrablatt, verkauften den ROTEN MORGEN und trugen so dazu bei, das große Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern voranzubringen.

Bremen:

In Bremen versammelten sich 150 Kollegen, Freunde und Genossen, um mit der Partei und der ROTEN GARDE den 25. Jahrestag der VR China in revolutionärer Atmosphäre zu feiern. In zahlreichen Diskussionsbeiträgen zeigten die Teilnehmer im Anschluß an die Rede an praktischen Beispielen aus ihrem Lebensbereich, daß die Prinzipien der chinesischen Revolution, der Marxismus-Leninismus, genauso in unserem Land seine Gültigkeit besitzt. In einer einstimmig angenommenen Resolution bekundeten die Versammelten ihren Willen, aus Anlaß dieses Tages noch besser das leuchtende Beispiel der VR China und seiner Kommunistischen Partei mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze unter den Massen zu propagieren und noch besser der bürgerlichen und revisionistischen Hetze gegen das Bollwerk der Weltrevolution entgegenzutreten.

Veranstaltungen der KPD/ML zum 25. Jahrestag der VR China fanden in vielen größeren Städten Westdeutschlands und in Westberlin statt.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert.) Tel. 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36, Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Jugendarbeitsschutzgesetz:

Geschützt wird der Profit des Kapitals

Vor einigen Wochen begannen im Bundestag die Beratungen für ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz. Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf verspricht „rosa Zeiten" für die Arbeiterjugend. Allerdings gilt hier das Wort Bert Brechts: „Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so."

Nach dem Gesetzentwurf dürfen Jungarbeiter keine einzige Überstunde mehr machen und keine Schicht am Wochenende fahren. Von einer Abschaffung der Leichtlohngruppe und wie die Jungarbeiter sich bei 40 Stunden in der Woche wenigstens das Existenzminimum verdienen sollen, damit sie nicht bis zum Bund ihren Eltern auf der Tasche liegen müssen – darüber steht allerdings nichts im Gesetzentwurf der Bundesregierung. Dafür dürfen die Jungarbeiter nur in der Zeit von 7.00 bis 20.00 Uhr eingesetzt werden, also keine normale Schichtarbeit. Vor allem aber sollen sie keine Arbeiten mehr verrichten, die ihre „Leistungsfähigkeit übersteigen', besondere Unfallrisiken oder Gefahren für die Gesundheit mit sich bringen. Sie dürfen keine Akkord- oder Fließbandarbeit machen, keine Arbeit unter Zeitdruck, es sei denn, wenn die ,Art der Arbeit oder das Arbeitstempo eine Beeinträchtigung der Gesundheit und Entwicklung nicht befürchten lassen.'

Wenn irgendjemand auf die Idee käme, dieses Gesetz wortgetreu anzuwenden, würde das praktisch bedeuten, daß Jugendliche von jeder Industriearbeit ausgeschlossen sind. **Denn welche Arbeit in einem kapitalistischen Industriebetrieb geschieht nicht unter größter Arbeitshetze, birgt nicht besondere Unfallrisiken und Gefahren für die Gesundheit in sich.**



Im sozialistischen Albanien können die Jugendlichen ihre Fähigkeiten voll ausbilden. Die Jugend baut ihr Land mit Begeisterung auf.

Und eine immer größere Zahl von Jugendlichen muß in der Tat diese Art Arbeit, die ihre ,Gesundheit und Entwicklung beeinträchtigen" könnte, nicht mehr ausüben: sie sind arbeitslos. Die wachsende Arbeitslosigkeit trifft neben den älteren Kollegen vor allem die Jungarbeiter. Für viele Schulentlassenen führt der erste Weg nach der Schule ins Arbeitsamt. Auf der einen Seite gibt es immer weniger Lehrstellen, weil durch die zunehmende Rationalisierung und durch die voranschreitende Ruinierung kleiner und mittlerer Betriebe immer weniger Facharbeiter gebraucht werden. Andererseits aber gibt es für die Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, mitnichten immer eine andere Arbeit. Die rücksichtslose Verschärfung der Ausbeutung, die Arbeitshetze rund um die Uhr, die Arbeit am Band oder am Hochofen ist für gerade aus der Schule Entlassene gar nicht zu schaffen. Darum stellen die Kapitalisten sie gar nicht erst ein.

Das Bonner Parlament gibt dem jetzt noch einen humanen Anstrich. Wo in Wirklichkeit nur das kapitalistische Profitinteresse bestimmt, wird jetzt von „verbessertem Jugendschutz" geschwafelt. Dieser sogenannte Jugendschutz soll vor allem bemänteln, daß die Jugend im Kapitalismus keine Möglichkeit hat, sich ihren Fähigkeiten entsprechend zu entfalten. Der Jugendliche hat sie nicht, wenn er als Lohnarbeiter ausgebeutet wird und er hat sie erst recht nicht, wenn er arbeitslos auf der Straße liegt. **Der beste Schutz und der einzige Schutz der Arbeiterjugend gegen Ausbeutung und politische Unterdrückung ist ihr Kampf gegen den Kapitalismus, für die sozialistische Revolution, der Kampf mit der Roten Garde.**

Osram-Westberlin:

Sieg für die roten Jugendvertreter

Seit über zwei Jahren besteht bei Osram im Berliner Wedding eine rote Jugendvertretung. Im Juni dieses Jahres wurden die Genossen trotz Einschüchterungs- und Spaltungsversuchen der Kapitalisten und des Betriebsrates wiedergewählt. Nach diesem Mißerfolg haben jetzt die Kapitalisten einen neuen Angriff gestartet. Sie entließen einen kommunistischen Kollegen und versetzten die beiden roten Jugendvertreter und einen ehemaligen Jugendvertreter einfach in ein anderes Werk.

Auf diese Weise hofften sie, sie von ihren Kollegen zu isolieren. Die Jugendvertretung diskutierte sofort am nächsten Tag mit den Kollegen über diese Sauerei. Ausbildungsleiter und Betriebsrat versuchten, sie daran zu hindern und aus der Lehrwerkstatt zu werfen. **Die unverschämte Begründung: Sie seien jetzt keine Jugendvertreter mehr, weil sie in einem anderen Werk arbeiten.** Mit diesem Trick sollte offensichtlich die Entlassung vorbereitet werden, weil nach dem BVG die fristlose Entlassung von Jugendvertretern nicht so einfach möglich ist.

Die Empörung der Kollegen war aber so groß, daß sich die Herren gezwungen sahen, die Anwesenheit der beiden bis zum Ende der Diskussion zuzulassen. Die Kapitalisten und der Betriebsrat hatten schon einmal anfangs des Jahres versucht, einen der roten Jugendvertreter zu entlassen. Ein Streik der Kollegen verhinderte damals diesen Anschlag.

Jetzt rief die ROTE GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML, zu einer Veranstaltung auf, zu der auch viele jugendliche Kollegen kamen. Sie und die anwesenden Freunde und Genossen spendeten zur Unterstützung des Kampfes 840,- DM.

Gleichzeitig gingen die Genossen vor das Arbeitsgericht. Dieses Gericht der Kapitalistenklasse hatte schon vorher einstweilige Verfügungen abgelehnt, in denen die Weiterbeschäftigung im alten Werk gefordert wurde. Am 4. Oktober folgte dann die mündliche Verhandlung. Im Gerichtssaal waren viele Freunde und Genossen und Kollegen von Osram gekommen. Auch drei Zivilspitzel wollten sich einschleichen. Sie wurden aber erkannt und der Antrag gestellt, sie aus dem Saal zu weisen. Die Genossen begründeten den Antrag mit dem Mord an Genossen Günter Routhier. **Der Richter gab angesichts des mutigen Auftretens der Genossen und ihrer Unterstützung durch die Zuschauer diesem Antrag statt.**

Gleich zu Anfang stellten die Genossen Jugendvertreter heraus: Weil wir Kommunisten sind, sollen für uns selbst die bürgerlichen Rechte nicht gelten. Sie gaben jedoch kein Recht kampflos preis. Auch als Kommunisten, die für die Revolution eintreten, bestehen sie darauf, wieder in ihrem alten Werk zu arbeiten. Sie berichteten über die Ausbeutung und Unterdrückung im Betrieb und verlasen schließlich Auszüge aus dem ROTEN MORGEN. Obwohl der Richter immer wieder versuchte, sie zu unterbrechen und sich mehrmals zur „Beratung" zurückzog, ließen sie nicht die Genossen nicht einschüchtern.

Am Ende des Prozesses siegten sie: Die Kapitalisten müssen die beiden wieder an ihrem alten Arbeitsplatz beschäftigen, bei den Kollegen, die sie gewählt haben und deren Vertrauen sie haben. Noch am selben Tag kehrten die beiden in den Betrieb zurück und wurden von ihren Kollegen stürmisch begrüßt, teilweise sogar mit Beifall. Aber trotz dieses Sieges ist der Kampf noch nicht zuende. Die Kapitalisten hetzten sofort, daß die Wiedereinstellung Kündigung für andere Kollegen bedeutet und drohten mit Berufung und der „Unzumutbarkeitsklausel" des BVG (nach §103). Der Kampf gegen alle diese Angriffe und Manöver wird weitergeführt.



Gespräch mit einem Strassenbahnfahrer

Korrespondenz. Neulich fuhr ich abends mit der Straßenbahn nach Hause. Dabei kam ich mit dem Fahrer ins Gespräch. Er berichtete über seinen Dienst folgendes:

Es gibt in Dortmund mehrere Betriebshöfe. Die Leiter dieser Höfe teilen die Kollegen für die Schichten ein. Die Schichten gehen von 4 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts. Eine regelrechte Nachtschicht gibt es also nicht. Im Gegensatz zu den festen Schichten in den Betrieben gibt es also bei der Straßenbahngesellschaft der Stadt keinen festen Beginn und kein festes Ende. Der Anfang kann sich im Lauf einer Periode (in der Regel 6 Tage) um mehrere Stunden verschieben, so daß der Schichtanfang bei der Spätschicht zum Beispiel irgendwann zwischen 14.45 Uhr und 18.00 Uhr, das Schichtende dann entsprechend zwischen 22.00 Uhr und 1.00 Uhr liegen kann.

Neben dieser besonderen Belastung gibt es weitere Schwierigkeiten und auch Schikanen. Zum einen ist es so, daß die Fahrzeiten z.T. zu kurz berechnet sind. Zum Beispiel auf der Linie 6 ist die Fahrzeit von Derne bis Hörde zu kurz berechnet, daß die Kollegen schon mit Verspätung in Hörde ankommen, und bis sie die Bahn umgestellt haben, weitere 5 Minuten verloren haben. Die etwas längere Pause, die in Derne vorgesehen ist, schrumpft dadurch auf eine knappe Zigarettenpause. Hinzu kommt, daß die längere Essenspause (30 bis 40 Minuten) erst kurz vor Schichtende liegt – die Brote werden also irgendwann zwischendurch reingestopft. Darüberhinaus sind die Kollegen noch den Schikanen der Leiter des Betriebshofes ausgesetzt. Versteht man sich nicht gut mit ihnen ,kann es einem passieren,daß man häufiger Schichtwechsel hat: abends um 22.00 Uhr Schluß und dann am nächsten Morgen um 6.00 oder 7.00 Uhr wieder los.

Die modernen Revisionisten der D„K"P wollen den Massen ja immer weismachen, daß die Verstaatlichung im Kapitalismus wäre eine Lösung gegen Arbeitshetze, Arbeitslosigkeit usw. Die Tatsachen, die der Kollege von der Straßenbahn zu berichten weiß, beweisen allerdings das Gegenteil.

Bei der Dortmunder Straßenbahngesellschaft, einem kommunalen Betrieb, wird z.B. grundsätzlich in Unterbelegschaft gearbeitet. Das aber bedeutet verstärkte Arbeitshetze, mehr Schichten für die Kollegen. Bei den Fahrern und Schaffnern ist es so, daß sie – hauptsächlich im Sommer während der Urlaubszeit – zusätzliche Schichten fahren müssen. Im ganzen Jahr sind es ungefähr 25 bis 30, pro Monat also 2 – 3 zusätzliche Schichten. Oft ist es dann auch noch so, daß diese zusätzlichen Schichten mitten in den drei freien Tagen liegen, so daß die Erholung viel zu kurz kommt.

Der Kollege von der Straßenbahn hatte klar erkannt, daß die 60% Zuschlag bei den Zusatzschichten für die Stadtwerke immernoch billiger sind als die eigentlich notwendige Einstellung einer genügenden Zahl von Fahrern.

Wir waren schnell einig in dem Punkt, daß sich das nur ändert, wenn die Arbeiter selbst das Sagen haben, wenn sie ihre eigene Staatsmacht errichtet haben. Wir diskutierten auch darüber, daß die Bourgeoisie die Macht nicht freiwillig hergeben wird, sondern daß die Arbeiter sie sich mit Gewalt werden nehmen müssen. Ich berichtete ihm vom Sozialismus in Albanien, um ein Bild davon zu vermitteln, wofür die KPD/ML kämpft. Doch an diesem Punkt wandte der Kollege ein, man könne aber an der DDR sehen, daß es dort zum Beispiel nicht gelungen sei, denn der Menschen dort gehe es auch nicht besser. Ich versuchte, ihm den Verrat der Revisionisten und die Gefährlichkeit für die Arbeiterklasse zu erläutern. Doch kamen wir nicht mehr zuende , weil ich aussteigen mußte.

Als ich ausstieg, verabschiedete sich der Kollege: „Na ja, in 50 Jahren ist es wohl geschafft!"

Rheinstahl-Lokbau:

"Straffung der Organisation"- gesteigerte Arbeitshetze, erhöhte Unfallgefahr

Seit dem Umzug ist es bei Rheinstahl im Lokbau vor lauter Enge an den Arbeitsplätzen kaum noch auszuhalten. Nur mit Mühe können die Kollegen überhaupt noch einen freien Fleck finden, wo sie ihr Material hinstellen können. Überall muß man sich durch enge Gassen von Spinden, Paletten und Maschinen hindurchwinden. Ein Kollege meinte ganz richtig: , Hier braucht man schon Flügel."

Es ist nicht nur das ständige Gefühl, auf engstem Platz eingepfercht zu sein, sondern zugleich bedeutet die Enge am Arbeitsplatz eine große Unfallgefahr, die umso größer ist, je mehr die Antreiberei bei der Arbeit gesteigert wird.

Wenn irgendwo ein Quadratmeter Platz längere Zeit frei bleibt, kommt die Betriebsleitung angerannt, um auch dort noch eine Maschine aufstellen zu lassen. Doch stehen die Maschinen nicht nur so dicht, um auf Kosten der Arbeitsbedingungen Platz zu sparen: Wehe wenn die Betriebsleitung sieht, daß eine dieser Maschinen stillsteht, dann kann der Kollege nebenan gewiß sein, daß er diese gleich noch mit übernehmen soll.

Die Rheinstahl-Kapitalisten nennen das „Straffung der Organisation". Aber diese feinen Worte besagen nichts anderes als verschärfte Rationalisierung. Für die Kollegen: Gesteigerte Arbeitshetze, Schinderei und größere Unfallgefahr. Alles für den Profit der Kapitalisten.

Wie anders das im Sozialismus ist, wo das kapitalistische System der Profitschinderei abgeschafft, die Kapitalistenklasse gestürzt und der werktätige Mensch die Arbeiterklasse im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses steht, das vermittelt ein Bild eines Metallbetriebes in Albanien: Dort sind die Arbeitsbedingungen auf das Wohlbefinden der Arbeiter ausgerichtet: Helle, luftige Arbeitsräume, wo jeder Kollege an seinem Arbeitsplatz sich genügend frei bewegen kann.

Revisionistisches

SOWJETISCHE WERKTÄTIGE: WACHSENDE UNZUFRIEDENHEIT MIT IHRER LAGE

Die Peking Rundschau Nr. 38/74 berichtet in einem Artikel, der sich auf Zahlenmaterial sowjetischer Zeitungen und Zeitschriften stützt, daß die Wiedererrichtung des Kapitalismus in der Sowjetunion für die sowjetischen Werktätigen nicht nur Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet, sondern auch die für die Lage der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern kennzeichnende Unsicherheit ihrer Existenz.

So mußten 1972 19.8% der Industriearbeiter (Bauindustrie – Transport- und Verkehrswesen nicht miteingeschlossen) ihren Arbeitsplatz wechseln. In manchen Gebieten und Branchen liegt der Prozentsatz sogar noch wesentlich höher. Im Durchschnitt blieben die betroffenen Werktätigen 23 Tage ohne Arbeit. Mit dem Begriff der „Wanderung von Arbeitskräften" wird so eine nicht unbedeutende Arbeitslosigkeit kaschiert.

Unter den Bedingungen der Wiedererrichtung des Kapitalismus auf dem Lande hat auch die Landflucht ungeheuer zugenommen. Nach sowjetischen Zahlenangaben, die als stark herabgesetzt angesehen werden müssen, wanderten von 1959 bis 1970 16,4 Mio Landbewohner in die Städte ab. Von 1960 bis 1971 verließen jedes Jahr 10% der sowjetischen Traktoristen und Mähdrescherfahrer die Kolchosen und 20% die Staatsgüter. In den letzten drei Jahren wurden 3 Mio Landmaschinenfahrer in der Sowjetunion ausgebildet, aber 2.5 Mio verließen nach kurzer Zeit die Felder. Besonders die jüngeren Landarbeiter wandern ab. Das durchschnittliche Alter in der Landwirtschaft beträgt mancherorts bereits 50 Jahre. Die ständige Ausplünderung der Bauern durch die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion stößt bei den Bauern auf wachsenden Widerstand: In manchen Regionen Georgiens beteiligen sich nur noch 30,4% der arbeitsfähigen Mitglieder der Kolchosen an der kollektiven Arbeit.

Besonders aber wächst die Unzufriedenheit unter den Industriearbeitern. Von den sowjetischen Werktätigen, die 1973 ihren Arbeitsplatz – wie es heißt – „freiwillig" verließen, gaben 83,4% Unzufriedenheit mit ihrem bisherigen Arbeitplatz als Grund an: schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und Wohnungsmangel.

Um sich der wachsenden Ausbeutung und Unterdrückung zu widersetzen, greifen die sowjetischen Werktätigen zu Kampfmitteln wie Streiks, Bummelstreiks und „Abwesenheit". 1972 gingen der neuen Bourgeoisie durch „Bummelstreiks" und „Abwesenheit" insgesamt 59 Mio Arbeitstage „verloren". Diese Zahl ist höher als die Zahl der Streiktage in den USA (26 Mio) und in Großbritannien (23,9 Mio) im gleichen Zeitraum.

Die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion versucht, dem wachsenden Widerstand der Werktätigen durch die Verschärfung ihrer faschistischen Diktatur Herr zu werden. In den Fabriken werden „rechtliche Sektionen' eingerichtet, sogenannte „Genossengerichte' und „Disziplinkomitees" eingeführt, die bei sogenannten „Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin" u.a. folgende Strafen aussprechen: Einbehaltung der Löhne, Prämienentzug, Verlust der Sozialfürsorgeleistungen und sogar Entlassungen.

„Aber wo es Unterdrückung gibt, dort ist auch Widerstand und Kampf. Die Willkürpolitik der sowjetrevisionistischen Clique wird unvermeidlich noch heftigeren Widerstand und Kampf der arbeitenden Menschen auslösen." – mit diesen Worten schließt die Peking Rundschau ihren Bericht.

Die Widersprüche in der Gruppe Rote Fahne verschärfen sich zusehends

Die Widersprüche in der Gruppe Rote Fahne (GRF), die sich ohne jede Legitimation „KPD" nennt, verschärfen sich zur Zeit zusehends. Das wurde bereits während der Vorbereitungen dieser Organisation auf ihren sogenannten 1. Parteitag deutlich. Der von den GRF-Führern vorgelegte Programmentwurf stieß innerhalb der Organisation offensichtlich auf heftige und breite Kritik.

Diese Kritik der Mitglieder und Sympathisanten der GRF scheint sich auf folgende Punkte zu konzentrieren: auf die zutiefst reaktionären Angriffe der GRF-Führer auf den Genossen Stalin und die revolutionäre Arbeiterbewegung; auf die Verharmlosung des Kapitalismus im allgemeinen, dessen wichtigste Gesetzmäßigkeiten, die seinen menschenfeindlichen Charakter ausmachen, verschwiegen werden, und auf die Verharmlosung des Imperialismus im besonderen, vor allem die Leugnung der Unvermeidbarkeit imperialistischer Kriege und die Tatsache, daß kein Wort über die Rolle des imperialistischen Staatsapparates verloren wird; auf die Angriffe der GRF-Führer auf die führende Rolle der Arbeiterklasse. Besondere Verwirrung scheint die von den GRF-Führern ausgegebene Linie zu stiften, nach der die SPD nach wie vor der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung sein soll, mit der die GRF-Führer den konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus verhindern wollen.

Das sind u.a. auch die Punkte, die die Partei in ihrer Stellungnahme zum Programmentwurf der GRF-Führer schonungslos kritisiert hatte. In dieser Stellungnahme ging die Partei darüber hinaus auf eine Reihe weiterer Verfälschungen des Marxismus-Leninismus ein und wies nach, daß dieser sogenannte Programmentwurf eine Mixtur aus Revisionismus und Trotzkismus ist.

Trotz der breiten Kritik an dem von ihnen vorgelegten Programmentwurf zogen die GRF-Führer ihren Parteitag über die Bühne, um ihren bereits breit angekündigten **großen** Düsseldorfer Auftritt zu retten. Sie stellten die Delegierten dieses sogenannten Parteitages damit vor die Alternative, entweder durch eine Ablehnung des Entwurfs die inneren Widersprüche ihrer Organisation nach außen zu dokumentieren oder dem Programmentwurf zuzustimmen **Sie verabschiedeten somit ein Programm, das sie in wesentlichen Punkten überhaupt noch nicht kannten; denn der sogenannte Parteitag beschloß in den bereits angesprochenen, die Grundfragen des Marxismus-Leninismus und des Weges der proletarischen Revolution in unserem Land berührenden Punkten Änderungen, die er aber naturgemäß nur in allgemeinster, vager Form angeben konnte.** So waren bei der Verabschiedung des Programmes wesentliche Teile nur in der Zusicherung der GRF-Führer existent, man werde Änderungen und Ergänzungen vornehmen. So ist es auch erklärlich, daß die GRF-Führer noch ein geschlagenes Vierteljahr an dem bereits verabschiedeten Programm herumwurschtelten. Obwohl die „Rote Fahne" die Veröffentlichung für den 1. Oktober ankündigte, hieß es in der Dortmunder GRF-Zentrale am 12. Oktober immer noch, man rechne damit, in dieser Woche mit dem Vertrieb beginnen zu können.

Der von den GRF-Führern vorgelegte Programmentwurf hat ihnen eine große Schlappe beschert. Offensichtlich unter Zeitdruck, konnten sie ihre gegen den Marxismus-Leninismus gerichteten Positionen nicht mehr gut genug tarnen. Infolgedessen wurden zumindest einige der offensten Angriffe gegen den Marxismus-Leninismus von Teilen der Basis durchschaut und kritisiert.

Der "Kampf gegen den Rechtsopportunismus" – ein Täuschungsmanöver der GRF-Führer!

Um zu verhindern, daß die Welle der Kritik sie verschlingt, starteten die GRF-Führer noch kurz vor dem sogenannten Parteitag ein neuerliches Täuschungsmanöver. Ausgerechnet sie riefen zum „Kampf" gegen den rechten Opportunismus. So schlossen sie damals Teile ihrer Organisation in Baden-Württemberg aus, weil diese für Aktionseinheiten mit den D. K"P-Revisionisten eingetreten waren. In der „Roten Fahne" 34/5.Jg. werden jetzt unter der Überschrift: „Den rechten Opportunismus weiter isolieren!" Teile der Liga gegen den Imperialismus und der Roten Hilfe e.V., einer von den GRF-Führern zur Spaltung der Rote-Hilfe-Bewegung ins Leben gerufenen Organisation, und Hamburger GRF-Sympathisanten wegen Rechtsopportunismus angegriffen.

Wir wollen von vorneherein keinen Zweifel daran lassen, daß wir die Positionen dieser Leute, falls sie in der „Roten Fahne' richtig dargestellt worden sind, für revisionistisch halten. Keinen Zweifel kann es aber auch an den Beweggründen und an der Vorgehensweise der GRF-Führer geben. **Den Samen, für den nun von ihnen attackierten Rechtsopportunismus haben sie selbst ausgestreut und sie streuen ihn auch weiterhin aus. Jetzt, wo die Pflanzen zu blühen beginnen und alle Welt erkennt, daß es sich um revisionistisches Unkraut handelt, schlagen die GRF-Führer die Blüten ab, um zu verhindern, daß das Kraut mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird, um zu ermöglichen, daß es in die Breite wuchern und seine Wurzeln besser im Boden verankernkann.**

Nehmen wir beispielsweise die Frage des antiimperialistischen Kampfes. Welches Recht haben die GRF-Führer, sich darüber aufzuregen, daß Teile der Liga den Sozialimperialismus nicht bekämpfen wollen? Versuchen sie nicht selbst – anfangs offen, nun getarnt – zu verhindern, daß Klarheit über das Wesen des Sozialimperialismus entsteht? Haben sie in der Vergangenheit nicht oft genug Transparente der Partei, auf denen der Sozialimperialismus entlarvt wurde, angreifen lassen? Haben sie nicht erst in ihrem Chile-Aufruf kürzlich darauf verzichtet, den Sozialimperialismus anzugreifen?

Welches Recht haben die GRF-Führer, sich darüber aufzuregen, daß Teile der Liga den antiimperialistischen Kampf nicht revolutionär führen wollen? Sie selbst sind doch stets gegen die revolutionäre Linie im antiimperialistischen Kampf aufgetreten. Sie bekämpfen doch bis zum heutigen Tag die korrekte Haltung unserer Partei, die Solidarität und Unterstützung für den Kampf der unterdrückten Völker mit dem Klassenkampf im eigenen Land zu verbinden, als „sektierisch". Wie steht es denn mit ihrem Aufruf zur Chile-Woche? Zwar jammern sie über die Unterstützung der Faschisten-Junta durch die „SPD-Regierung", aber kein Wort davon, daß die beste Unterstützung des chilenischen Volkes darin besteht, den Imperialismus im eigenen Land anzugreifen. Sie reden zwar allgemein davon,Chile habe gezeigt, daß es keinen friedlichen Weg zum Sozialismus gibt, aber mit keinem Wort stellen sie klar, daß der moderne Revisionismus in Chile die Rolle des Wegbereiters des Faschismus gespielt hat, daß er in Chile wie in der ganzen Welt der Todfeind der Revolution ist und schonungslos bekämpft werden muß. Stattdessen greifen die GRF-Führer unsere Partei an, weil sie diese opportunistische Haltung nicht unterstützte. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles hat klar festgestellt: „In Chile hat das Volk eine Niederlage erlitten, weil es der Linie der Revisionisten folgte." Gerade in der Solidarität mit dem chilenischen Volk gilt darum, daß nur der den antiimperialistischen Kampf revolutionär führt, der auch den modernen Revisionismus schonungslos bekämpft.

Die GRF-Führer jammern über antikommunistische Fraktionen in der Liga. Die gibt es allerdings. So wurde kürzlich in Bochum ein Kommunist aus der Liga ausgeschlossen. Scheinheilig wurde er von den dortigen Liga-Führern zu einer Diskussion zu einer Stellungnahme zu verschiedenen Punkten aufgefordert. In Wirklichkeit war das Ausschlußpapier längst geschrieben. Das ist allerdings antikommunistischer Fraktionismus. **Aber diese Antikommunisten und Fraktionisten werden von den GRF-Führern kommandiert.**

Wenden wir uns der Frage der Einschätzung der Sozialdemokratie zu. Die GRF-Führer wettern, daß eine Gruppe Hamburger Sympathisanten ihrer Organisation behauptet, die Sozialfaschismusthese sei „linkssektiererisch', das Thälmann-ZK der KPD treffe die Hauptschuld für das Nichtzustandekommen der Aktionseinheit von KPD und SPD gegen den Hitlerfaschismus, weil es diese „linkssektiererische Linie" verfolgt habe. Das wäre allerdings eine revisionistische, konterrevblutionäre Position. **Aber auch hier müssen wir unmißverständlich feststellen, daß es die GRF-Führer sind, die seit Jahr und Tag versuchen, Unklarheit und Verwirrung über das Wesen des Revisionismus und seines sozialfaschistischen Charakters zu stiften.**

Sie tun das, indem sie mit allen Mitteln an der absurden Behauptung festhalten, die SPD von heute unterscheide sich nicht qualitativ von der SPD zwischen 1914 und 1933. Als habe der moderne Revisionismus – bei uns also die D„K"P/„S"EW – nicht längst die Rolle der SPD als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung übernommen, während die SPD eine offene Partei des Monopolkapitals geworden ist. Die D„K'P-Revisionisten sind es, die heute unter Mißbrauch des Namens „Kommunistische Partei" vor die Arbeiterklasse treten, die spontan immer stärker zum Sozialismus drängt, um sie mit der Ideologie vom friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten.

Die SPD treibt dagegen gegenwärtig als offene Partei des Monopolkapitals die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates voran. Sie tritt offen zur Verteidigung der Ausbeuter- und Unterdrückerordnung an und kann darum den Drang der Massen zum Sozialismus nicht auffangen. Das ist die Aufgabe der D„K"P–Revisionisten, die von der „revolutionären Umwälzung" und vom Sozialismus reden.

Die D„K"P–Revisionisten betreiben die Entlassung von Kommunisten aus den Betrieben, den Ausschluß klassenkämpferischer Kollegen aus den DGB-Gewerkschaften. Sie stellen Schlägertrupps gegen die Kommunisten auf und inszenieren Überfälle auf einzelne Genossen. Sie fordern das Verbot unserer Partei und gehen so weit, Morddrohungen gegen den Genossen Ernst Aust, den Vorsitzenden unserer Partei, auszustossen. Hier zeigt sich klar ihr sozialfaschistischer Charakter, wie er sich in den Ländern zeigt, in denen die modernen Revisionisten an der Macht sind. **Wenn unsere Partei wie im ROTEN MORGEN Nr. 36 diesen sozialfaschistischen Charakter der D„K"P anprangert, wie er sich anhand der Morddrohung gegen den Genossen Ernst Aust und einer Reihe weiterer Vorfälle dokumentiert, dann sind es die GRF-Führer, die in der „Roten Fahne" zur Verteidigung des Sozialfaschismus antreten, dem modernen Revisionismus fortschrittlichen Charakter zu verleihen suchen, indem sie seine Einschätzung als sozialfaschistisch wütend angreifen.** Diese Leute haben wahrhaftig nicht das geringste Recht, sich über ihre ideologischen Zöglinge aufzuregen, wenn sie den von ihnen vorgezeichneten Weg konsequent weitergehen.

Wir stimmen den Führern der GRF voll und ganz zu, wenn sie voraussagen: „Die rechten Opportunisten werden sich weiter isolieren."

Wir sind allerdings auch ganz sicher, daß die revolutionären Mitglieder und Sympathisanten der GRF erkennen werden, daß die größten und skrupellosesten Vertreter des Rechtsopportunismus die Führer ihrer Organisation sind. Das werden alle Ablenkungsmanöver der GRF-Führer nicht verhindern können.

Vom Aufbau des Sozialismus

BESUCH IM KINDERGARTEN 1.JUNI IN DER ALBANISCHEN STADT DURRES

In Durres, einer Stadt mit 50 000 Einwohnern in der Volksrepublik Albanien, gibt es 16 Kindergärten. Wir besuchten den Kindergarten 1. Juni, in dem 120 Kinder sind. Die Kinder sind nach Altersstufen in drei Gruppen eingeteilt. Für jede Altersstufe wurde vom Ministerium für Erziehung ein Programm ausgearbeitet. Das Kindergartenprogramm ist ein Programm der Vorschulerziehung.

Insgesamt drei Stunden am Tag wird im eigentlichen Sinne unterrichtet, wobei besonderer Wert darauf gelegt wird, daß auch das Lernen mit dem Spiel verbunden wird. So wurden beispielsweise im Naturkundeunterricht viele Ausflüge gemacht, um die Kinder im Frühjahr mit den verschiedenen Blumen bekanntzumachen oder um im Herbst Blätter zu sammeln. Es wird mit verschiedenen Materialien wie Holz, Papier und Metall gearbeitet. Während der Kindergartenzeit lernen die Kinder auch das Alphabet und die Zahlen von 1 – 10. Zum festen Programm gehört der Frühsport und natürlich das Spiel im Freien. Während unseres Besuches war nur eine Gruppe im Kindergarten. Alle anderen waren zum Baden am Meer.

Um auch die Arbeitswelt kennenzulernen, besuchen die Kinder Industriebetriebe Besondere Bedeutung hat die Erziehung der Kinder in der revolutionären Erziehung und Kultur des albanischen Volkes. In Liedern, Tänzen, Märchen und Geschichten erfahren sie von der revolutionären Geschichte des albanischen Volkes, von seinem Kampf für die Befreiung des Landes und für den Aufbau des Sozialismus. Alte Partisanen und Arbeiterveteranen besuchen die Kinder und berichten und erklären ihnen, wie das albanische Volk seine großen Siege errungen hat. So lernen die Kinder auch die Rolle der Partei der Arbeit verstehen. In den Liedern und Tänzen, mit denen sie uns begrüßten, drückte sich ihre Liebe zur Partei und zum Genossen Enver Hoxha aus.

Die Erziehung im Kindergarten erfolgt in enger Verbindung mit den Eltern. Wenn die Eltern ihre Kinder bringen oder abholen, werden mit ihnen die während des Tages aufgetretenen Fragen besprochen. Treten größere Probleme auf, werden sie im „Pädagogischen Rat" behandelt, dem Vertreter der Erzieher, des Volkes, des Stadtrates und der jeweiligen Eltern angehören. Der Rat macht einen Plan zur Überwindung der Fehler. Treten bei einzelnen Kindern schlechte Einflüsse auf, werden auch sie im Kollektiv mit den Kindern diskutiert. Wenn es nötig wird, wird auch mit einzelnen Kindern zusätzlich individuell gearbeitet.

Ein Kindergarten ohne Essen ist kostenlos. Die Bezahlung eines Kindergartenplatzes mit Essen richtet sich nach der Höhe des Einkommens der Eltern. In keinem Fall müssen mehr als 30% der Kosten bezahlt werden. Eltern, die nur relativ wenig verdienen, brauchen nichts zu bezahlen.

Dieser Besuch im Kindergarten hat uns alle sehr begeistert. Der ganze Empfang durch die Kinder und ihre Vorführungen strahlten ein großes Selbstbewußtsein eine sichere und entschlossene Haltung aus. Sie waren tief überzeugt von dem, was sie vorführten, strahlten und waren begeistert. Da gab es kein Herumdrucksen. Diese Fröhlichkeit, Sicherheit und Begeisterung der Kinder, diese revolutionäre Haltung hat uns alle sehr beeindruckt.

Zusammenfassung der Rede des Genossen Enver Hoxha II. Teil

Die Aussenpolitik der VR Albanien und die internationale Lage

Aus Anlaß der Wahlen zur Volksversammlung, dem höchsten Staatsorgan der Volksrepublik Albanien, hielt Genosse Enver Hoxha auf dem Treffen mit den Wählern des Wahlbezirkes 209 der Hauptstadt eine außerordentlich wichtige programmatische Rede, in der er die innere Lage Albaniens und die internationale Lage einer tiefgehenden, wissenschaftlichen, marxistisch-leninistischen Analyse unterzieht. Es ist eine Rede, die nicht nur für das albanische Volk große Bedeutung besitzt, sondern darüberhinaus den Revolutionären auf der ganzen Welt die glänzenden Aussichten ihres Kampfes vor Augen führt, sie in ihren Kämpfen ermutigt und ein großartiger Wegweiser im Kampf für die Revolution und den Sozialismus ist.

In der letzten Ausgabe des ROTEN MORGEN druckten wir bereits den ersten Teil einer Zusammenfassung dieser Rede ab, wie sie am 4. Oktober von Radio Tirana gesendet wurde. Es folgt in dieser Ausgabe der zweite und letzte Teil.

Schaut, was auf der Welt vorgeht! Die Völker der Sowjetunion werden unterdrückt. Ihnen wird ein aggressiver Nationalismus eingetrichtert. Die Völker der scheinsozialistischen Länder werden unterdrückt, und die dort herrschenden Cliquen unterwerfen die Interessen ihrer Völker der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt. Der Kreml unterdrückt und bedroht sie: entweder ihr macht das, was ich will und das was ich befehle, oder ich werde euch unterdrücken und besetzen wie die Tschecheslowakei. Das gleiche hat Hitler am Anfang getan. * Er fiel in Polen ein, dann folgte die Tschechoslowakei und all die anderen.* So hat auch der sowjetische Sozialimperialismus angefangen und wie Hitler wird er enden. Ebenso – führte Genosse Enver Hoxha aus – werden auch seine Lakaien in den scheinsozialistischen Ländern enden.*

Der amerikanische Imperialismus zerquetscht die Völker unter seinem blutigen Stiefel. Er erdrückt seine Verbündeten, indem er sich mit allen Mitteln bemüht, sie unter den ständigen Drohungen der Wirtschaftskrise, der Atombombe, der sowjetischen Gefahr, der Intrigen und der Diversion zu halten. Er bemüht sich, das atlantische Bündnis aufrechtzuerhalten, in ihm Rivalitäten anzuzetteln und sie stets zu seinen Gunsten auszunutzen.* (...*) In voller Rivalität greifen beide, Amerikaner und Sowjets in Pakistan und Afganistan ein. Verursachen Kriege im Nahen Osten, zimmern Tragödien wie in Chile und auf Zypern. Alle bangen: wo werden sie morgen zuschlagen? Die Welt ist voller Lärm und Losungen, die von Agenten, Provokateuren, gekauften Schreiberlingen, Salon- und Clubdiplomaten ausposaunt werden, die aber nur Nebel, Drohungen und Angst im Dienst der Supermächte verbreiten sollen. Morgen, sagen sie, ist Jugoslawien an der Reihe. Was wird nach Tito geschehen? Jugoslawien wird entweder in die Sphäre der Sowjets oder die der Amerikaner geraten. Enver Hoxha ging dann auf die Lage der anderen Balkanländer ein.*

Er fährt fort: „Die beiden Supermächte treffen nicht nur defaitistische und psychologische Vorbereitungen, um den Widerstand der Völker zu schwächen und um sie dann im Blut ersticken zu können. Die Angst und die Kriegspsychose wird von den Supermächten gezüchtet. Über dieser Psychose der Drohungen, Abschreckungen und des Terrors liegt ein dichter Schleier von bilateralen Besprechungen und Konsultationen.* Alles wird besprochen, nichts aber wird gelöst. Und wenn einmal etwas beschlossen wird, ist es dennoch nicht sicher.

Auch das bißchen bürgerlicher Moral der diplomatischen Akte vergangener Zeiten ist heute zu einer ungeheuren Schweinerei und Fäulnis geworden. In der Politik der Supermächte und ihrer Verbündeten herrschen Entartung, Falschheit und Schwindel. Sollen die Völker angesichts dieser Katastrophe, die diese Verbrecher für die Menschheit vorbereiten, die Hände in den Schoß legen? Bestimmt nicht. Was tun? Wir sagen, daß man kämpfen muß. Wie muß man kämpfen? Mit Botschaften, Glückwunschtelegrammen und Grüßen an diejenigen, die einem das Grab schaufeln wollen? Öffentlich nichts sagen außer Lobhymnen für die Sowjetrevisionisten, die einen begraben und verschlingen wollen? Den amerikanischen Henkern Blumen überreichen? Von den Supermächten versklavende Kredite verlangen und annehmen und dann behaupten, gegen sie zu kämpfen?



Die enge Verbundenheit von Volk und Partei kann auch durch die Sozialimperialisten nicht zerstört werden.

Nein, diese Lüge und Demagogie glaubt niemand. Wenn man kämpfen will* muß man zunächst von allen Komplotten frei sein, die die imperialistischen Supermächte und ihre Agenten gezimmert haben und weiter zimmern. Der revisionistische Kreml und seine Helfershelfer schreien sich die Kehle heiser: wir wollen Verbindungen. Wir wollen diplomatische Beziehungen, wir wollen Freundschaft mit dem albanischen Volk, mit dem Volk, das wir so sehr lieben. Stein und Bein schwören die Wölfe im Schafspelz, die uns nur umarmen wollen, um uns besser erdrosseln zu können, die uns nach der Sitte der russischen Kirche dreimal küssen wollen, um uns in den Himmel zu befördern. Doch wir sagen diesen Feinden des Sozialismus und des Leninismus, den geschworenen Feinden unseres Volkes und der Partei der Arbeit Albaniens, daß wir uns niemals mit ihnen versöhnen werden, daß wir nie ihre Freunde sein werden, sondern stets ihre Feinde. Sie sollen auch nicht glauben, daß das nur die Ansicht einiger albanischer Führer ist, die heute leben, morgen aber sterben werden. Nein, das albanische Volk und die Partei der Arbeit Albaniens werden niemals sterben. Unsere Partei und unser Volk lassen sich von der Demagogie Radio Moskaus nicht täuschen, das jeden Abend wehmütig Krokodilstränen für die alte albanisch-sowjetische Freundschaft vergießt.



1963: Tschou En-Lai, Enver Hoxha und Mehmet Shehu (Ministerpräsident der Volksrepublik Albanien) werden begeistert von dem albanischen Volk begrüßt.

Das war unsere Freundschaft zur Zeit des großen Stalin. Diese Freundschaft haben wir nie verleugnet und verleugnen sie nicht.

Doch diejenigen, die die Sache des Marxismus-Leninismus, des Bolschewismus verraten, die die Ideen Lenins und Stalins verraten, den proletarischen Internationalismus und die Freundschaft mit dem albanischen Volk verraten haben, die haben auch diese Freundschaft mit Füßen getreten.

Die Partei der Arbeit Albaniens und das albanische Volk werden mit ihnen niemals Frieden haben, sondern Krieg. Und um diesen Krieg zu gewinnen, haben wir uns vorbereitet. Und wir werden, wenn nicht heute, so morgen, bestimmt über sie siegen. Sie müssen auch eines wissen – wenn ich das sage, so spreche ich im Namen des albanischen Volkes und der Partei der Arbeit Albaniens – wir fürchten uns weder vor ihnen noch vor ihren Waffen. Wir sagen den Kremlverrätern und ihren Kettenhunden, daß wir zwischen dem Sowjetvolk und den revisionistischen Häuptlingen zu unterscheiden wissen. Doch wir machen nach wie vor keinen Unterschied zwischen diesen Häuptlingen und ihren Nachbetern. Wir stecken alle Verräter in den gleichen Topf.

Mit dem sozialistischen Albanien kann man nicht wie mit Prag oder mit der Dubcek-Partei verfahren. Mit dem Größenwahn und der Arroganz eines faschistischen großen Staates werden die Kremlherren ihre dicken, komödiantenhaften Augenbrauen zusammenziehen und vielleicht sagen: wo finden diese Knirpse die Kraft, der Sowjetunion standzuhalten? Wollt ihr eine Antwort darauf? Nehmt Marx, Engels, und Lenin - den Stalin habt ihr ja angeklagt - lest ihre Werke einen Augenblick einmal richtig, denn sonst lest ihr sie ja verkehrt. Und dort werdet ihr die genaue Antwort finden, wo wir die Kraft finden."

Im Zusammenhang mit dem vom amerikanischen State Departement verbreiteten Gerüchten über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Albanien verwies Genosse Enver Hoxha darauf, daß Albanien nach dem 2. Weltkrieg, als wir gemeinsam gegen Hitler kämpften, den Wunsch geäußert hatte, diplomatische Beziehungen zu den Vereinten Staaten von Amerika aufzunehmen. Doch die geruhten nicht, zu einer Regierung der Berge Beziehungen aufzunehmen. Sie wollten, daß in Albanien eine Salon- und Coca-Cola-Regierung gebildet werde. Das albanische Volk hat sich aber nicht stören lassen. Es wärmte sich an dem Stück Sonne, das ihm gebührt, ob es den Vereinigten Staaten paßt oder nicht. Damals wollten sie nicht mit uns diplomatische Beziehungen aufnehmen, heute wollen wir keine solche Beziehungen herstellen.

Die englischen Regierungen, die uns gegenüber die gleichen Positionen wie die amerikanische Regierung beziehen, lassen auch hier und da einen Sondierballon wegen diplomatischer Beziehungen aufsteigen. Wir aber sagen: Bevor Ihr solche Sondierballons aufsteigen laßt, gebt uns lieber das Gold frei, das Ihr dem albanischen Volk geraubt und schickt es Albanien zurück samt Zinsen.

Das gleiche sagen wir der Bonner Regierung, die eine revanchistische Politik betreibt und Albanien als Kriegsschadenersatz noch Summen schuldet, die in die Milliarden Mark gehen.

Mit den Nachbarvölkern Jugoslawiens und Griechenlands, sagte Genosse Enver Hoxha, sind wir Freunde. Die imperialistischen Mächte und ihre Agenturen hatten ihre Lunte und ihren Zunder angebracht, um zwischen uns Streit zu stiften. Doch wir, die Balkanvölker, haben aus der Vergangenheit gelernt und haben angesichts der gemeinsamen Gefahr, wenn wir auch über viele Dinge nicht einig sind, stets zueinander gefunden und werden zueinanderfinden. Die historischen Tatsachen können nicht aus der Welt geschafft werden. Wenn einer angegriffen wurde, wurde auch ein anderer von demselben Feind angegriffen. Dieselben Feinde haben den einen oder den anderen aufgehetzt, um einen dritten zu schwächen. Die Lunte zum Pulverfaß hielten die Feinde unserer Völker und die von ihnen gekauften Cliquen in der Hand.

Eine enge brüderliche Freundschaft, sagte Genosse Enver Hoxha ferner, verbindet unser Volk mit dem Volk Vietnams. Unser Land unterstützt nach wie vor entschieden den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes für die Befreiung Südvietnams, für die Unterstützung der Demokratischen Republik Vietnams und für die Wiedervereinigung des Vaterlandes. Wir bekunden das unerschütterliche Vertrauen, daß das Brudervolk Vietnams mit seinem entschlossenen Kampf alle seine nationalen Bestrebungen erreichen wird. Seine gerechte Sache wird endgültig siegen.

Wir begrüßen die historischen Siege, die das tapfere kambodschanische Volk unter der Führung der nationalen Einheitsfront mit Sandem Norodom Shianouk an der Spitze im Kampf gegen die amerikanischen Imperialisten und Aggressoren und das Marionettenregime Lon Nol erzielt.

Im Zusammenhang mit dem Nahen Osten wies Genosse Enver Hoxha darauf hin, daß dieses Gebiet heute ein Problem darstellt, das nicht nur seine Völker bewegt, sondern auch die gesamte Weltöffentlichkeit. Da sich die beiden Supermächte einmischten, ist der Friede dort noch sehr fern. Am Horizont zeichnet sich keine rasche Lösung ab, die den wahren souveränen Interessen der arabischen Völker entspricht, ihnen ihre geraubten Gebiete zurückerstattet und dem palästinensischen Volk seine Rechte anerkennt, die ihm streitig gemacht werden. Die sogenannten Friedenspläne, die in den Kanzleien von Moskau und Washington fabriziert werden, haben nur das Ziel, die wahre arabische Sache zu vergraben. Jede Initiative, die die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion im Nahen Osten auch unternehmen, soll die imperialistischen Stellungen festigen und ihren Einfluß steigern. In letzter Zeit, betonte Genosse Enver Hoxha ferner, wurden auch auf Zypern Kriegsflammen angezündet. Eine neue Drohung entstand für den Frieden und die Sicherheit im östlichen Mittelmeer und auf dem Balkan. Der bisherige Verlauf der Geschehnisse zeigt, daß die neue zypriotische Tragödie auf dem Hintergrund der sowjetisch-amerikanischen Rivalität entstand in der Atmosphäre der Intrigen und Komplotte, die die beiden Supermächte zusammen oder getrennt gegen die Völker schmieden. Die amerikanischen Imperialisten wollen sich politisch und militärisch auf der Insel einnisten und die Sozialimperialisten wollen im Trüben fischen. Sie nutzen die Situation aus, um die alten türkisch-griechischen Feindseligkeiten anzufachen und um eine Situation heraufzubeschwören, die ihre Expansion erleichtert und ihre Intervention rechtfertigen soll.

Die Volksrepublik Albanien, so schloß Genosse Enver Hoxha, wird nach wie vor in den vordersten Linien des Kampfes gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion stehen und allen Völkern und Ländern, die für die Freiheit und nationale Unabhängigkeit, für die gesellschaftliche Emanzipation und für gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen, ihre ganze Unterstützung gewähren. Auch in Zukunft werden wir dieselbe Außenpolitik verfolgen, die unserem Land solide internationale Stellungen, starke Freunde und zahlreiche Sympathisanten, einen geehrten Namen und ein hohes Ansehen gesichert hat.

(Anmerkung: Die mit einem * versehenen Textstellen sind auf Grund eines schlechten Empfanges während der Sendung von Radio Tirana leicht gekürzt.)

Kölner Antifaschistenprozess

Richter verhängt über 30 Tage Ordnungsstrafen

Seit Montag, dem 7. Oktober, stehen sieben Antifaschisten und Kommunisten vor der 1. Großen Strafkammer des Landgerichts in Köln am Kappellhofplatz. Mit einem Riesenaufwand — allein neun Termine sind bis jetzt angesetzt — versucht das Gericht die revolutionären und antifaschistischen Kämpfer abzuurteilen.

Die Anklage lautet auf Widerstand gegen die Staatsgewalt, gefährliche Körperverletzung und Gefangenenbefreiung. In Wirklichkeit sind sie angeklagt, weil Genossen der Partei gemeinsam mit anderen Revolutionären und mit Unterstützung der Bevölkerung zweimal die Faschisten von der NPD aus Köln-Nippes vertrieben haben, ihnen Flugblätter entrissen und einen Propagandastand der braunen Pest zerschlugen. Bei dieser Aktion sind die Genossen von der Polizei, die zum Schutz der Faschisten aufmarschierte, festgenommen worden.

Im Landgericht am Kappellhofplatz wurden 1933 sieben Rotfrontkämpfer von den Faschisten zum Tod verurteilt. Hermann Göring selbst befahl damals den Mord durch Handbeil. Schon die ersten Prozeßtage zeigten, daß auch heute faschistischer Terror in den Gerichtshallen herrscht. Zwar haben wir heute keinen Faschismus, aber angesichts der verschärften Klassenauseinandersetzungen verschärft die Bourgeoisie die Faschisierung.

Den Vorsitz im Prozeß führte der berüchtigte Richter Somoskeoy, der bekannt wurde, als er im Prozeß gegen Beate Klarsfeld die Polizei auf französische Widerstandskämpfer hetzte. Auch diesen Prozeß versucht er, im Stil eines Freisler zu führen. Obwohl noch nie in Köln ein solcher Prozeß vor dem Landgericht geführt wurde, lehnt er alle Anträge, den Prozeß an das Amtsgericht zu verweisen, ab. Die Klassenjustiz will auf diese Weise einen Berufungsprozeß verhindern, denn nach dem Landgericht ist nur noch Revision möglich. Das ist eine offene Behinderung der Verteidigung. Um die Genossen zu bespitzeln und ihre Verteidigung weiter zu erschweren, zwang ihnen der Richter Pflichtverteidiger auf. Den Antrag, diese zu entlassen, lehnte er mehrmals ohne Begründung ab.

Den mutigen Kampf der Angeklagten vor Gericht und der Zuschauer für einen Freispruch beantwortete das Klassengericht schon an den ersten beiden Prozeßtagen damit, daß es insgesamt 51 Tage als Ordnungsstrafe verhängt. Sieben Zuschauer werden am ersten Tag für drei Tage ins Gefängnis geschickt, als sie in Parolen den Freispruch der Angeklagten fordern. Als am 2. Prozeßtag ein angeklagter Genosse eine Begründung dafür verlangt, warum die Zwangsverteidiger nicht entlassen werden, bekommt er als Antwort drei Tage Ordnungsstrafe. Empört über diesen Terror protestieren die Zuschauer; eine Zuschauerin bezeichnet die Ordnungsstrafe wütend als Gesinnungsurteil und als typisch für den ganzen Prozeß. Sie wird zu sechs Tagen verurteilt. Vier weitere Zuschauer und einer der Angeklagten bekommen noch drei Tage.

Um die Angeklagten einzuschüchtern und den Kampf der Zuschauer abzuwürgen, schloß Somoskeoy schließlich die Öffentlichkeit aus. Aber die Angeklagten und die Zuschauer kämpften bis zum Schluß mutig gegen die Klassenjustiz und sie finden in ihrem Kampf breite Unterstützung. **Schon haben Hunderte von Menschen eine Solidaritätserklärung des „Komitees Freispruch für die 7 Antifaschisten" unterschrieben und wurden mehr als 400 DM an Geldspenden gesammelt. Besorgt zitiert der Richter während des Prozesses Flugblätter der Partei und des Komitees und meinte, daß er es hier nicht nur mit den 7 Angeklagten zu tun hat.**

Die Genossen wissen, daß sie die Arbeiter und anderen Werktätigen in Nippes auf ihrer Seite haben. Schon bei der Aktion im November sagte eine Frau: Wir wollen nicht wieder Faschismus, dagegen muß man angehen. Die Jungen haben ganz recht. Und als damals die Genossen ins Polizeiauto transportiert wurden, traten empörte Passanten mit Füßen nach den Autos.

Und so erklärten die Genossen vor Gericht: „Dieser Prozeß ist ein verzweifelter Versuch, den revolutionären antifaschistischen Kampf aufzuhalten!" In diesem Kampf sind die Faschisten der NPD nicht die Hauptgefahr, er muß sich gegen den kapitalistischen Staatsapparat richten, gegen die Bourgeoisie, die die Faschisierung betreibt. Das Ziel dieses Kampfes ist die Revolution und die Diktatur des Proletariats.

Die angeklagten Genossen werden auch an den kommenden Prozeßtagen für ihren Freispruch kämpfen und sie werden breite Unterstützung finden. Der Ausschluß der Öffentlichkeit wird verhindert werden.

Freispruch für die 7 angeklagten Antifaschisten und Kommunisten!

Genosse Klaus Kercher immer noch in Haft

Seit dem 30. September befindet sich der Genosse Klaus Kercher in München in Haft. In Handschellen wurde er dem Gericht vorgeführt. Ihm wird in München der Prozeß wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 gemacht. Der Prozeß gegen Klaus ist bereits einmal geplatzt, nachdem das Gericht einen Termin, an dem der Verteidiger des Genossen, Rechtsanwalt Lang, nicht konnte, angesetzt hatte und Genosse Kercher wegen dieser Behinderung seiner Verteidigung nicht zu dem Termin erschienen war.

Damals protestierten Genossen im Gerichtssaal. Dies nahm die bürgerliche Klassenjustiz zum Anlaß, gegen drei Genossen in der letzten Woche einen Prozeß zu eröffnen. Dieser Prozeß wurde vertagt, weil dem Verteidiger der Genossen noch keine Akteneinsicht gewährt worden war.

Genosse Klaus Kercher ist bereits vor einigen Monaten einmal von der Polizei verhaftet worden und mußte nach wenigen Tagen wieder freigelassen werden. Und auch jetzt wird der Kampf der Partei, die Solidarität mit dem Genossen Klaus Kercher seine Freilassung erzwingen.



SOFORTIGE FREILASSUNG DES GENOSSEN KLAUS KERCHER!

Solidaritätsaktionen mit dem Hungerstreik

Trotz Zwangsernährung und Drohung mit Wasserentzug setzen die über 40 politischen Gefangenen ihren Hungerstreik gegen die Isolationsfolter fort. Die Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen und die Unterstützung ihres Kampfes gegen die Isolationsfolter weiten sich inzwischen immer mehr aus.

Die Verleihung des „Friedenspreises des deutschen Buchhandels" auf der Frankfurter Buchmesse nutzte am Sonntag eine Gruppe von Demonstranten, um in Sprechchören die sofortige Aufhebung der Isolationshaft zu fordern. Durch die Direktübertragung des Fernsehens wurde dieser Protest in der ganzen Bundesrepublik übertragen.

Schon am 6. Oktober hatten ungefähr zwanzig Jugendliche die Bühne der „Deutschen Oper" in Westberlin während einer Aufführung besetzt. Sie warfen von der Bühne aus Flugblätter ins Publikum, auf denen die Schließung der Isolationszellen im Moabiter Gefängnis gefordert wurde.

Am Donnerstag, dem 10. Oktober, wurde während einer Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses von der Zuschauertribüne ein Transparent mit der Aufschrift: „Schluß mit der Isolierhaft!" entrollt und Sprechchöre gerufen. Der Parlamentspräsident Sickert setzte Polizei ein, um den Protest zu unterdrücken.

Die zeitweilige Besetzung der Heilig-Kreuz-Kirche in Westberlin wurde inzwischen abgebrochen, nachdem die Kirchenleitung zugesagt hatte, sich dafür einzusetzen, daß der Gesundheitszustand von Irene Georgens und Ronald Augustin untersucht wird.

Wissenschaftler, Pfarrer und Lehrer aus Hannover haben inzwischen einen offenen Brief an die Justizminister der Länder veröffentlicht. In diesem Brief fordern sie den sofortigen Abbruch der Zwangsernährung der Genossen Meinhof, Baader, Ensslin, Raspe und Meins. Sie schreiben, daß die Zwangsernährung zu Verletzungen der Speise- und Luftröhre führt und den Tod zur Folge haben kann, wie es in England im Fall inhaftierter Mitglieder der IRA bereits geschehen sei. Die Rote Hilfe hat in mehreren Städten zur weiteren Unterstützung des Hungerstreiks aufgerufen.

Berufungsprozess gegen Genossen Heinz Baron

Polizeizeugen verwickeln sich in Widersprüche

Am 8.10. begann in München der Berufungsprozeß gegen den Genossen Heinz Baron, der wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 in erster Instanz zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Zum ersten Prozeßtag war außer zahlreichen Genossen auch eine Schulklasse erschienen. Alle Zuschauer wurden nach Waffen durchsucht. Die Genossin Karin Wagner, die als Vertreterin des Roten Morgen am Prozeß teilnehmen wollte, wurde, obwohl sie eine entsprechende Legitimation des Verlages vorwies, zunächst nicht in den Verhandlungssaal gelassen, weil sie einen Blumenstrauß für den Genossen Heinz Baron bei sich hatte. Aber als ein Genosse während der Verhandlung aufstand und die Tatsache, daß der Rote Morgen bei diesem Prozeß ausgeschlossen war, anprangerte, sah sich der Richter gezwungen, die Genossin Wagner in den verhandlungssaal zu lassen. Die Genossin wurde mit Beifall begrüßt.

Genosse Heinz gab zu Beginn des Prozesses eine Erklärung ab, in der er die Bedeutung des Kampfes gegen den Militarismus und den imperialistischen Krieg hervorhob und unterstrich, daß die Demonstration zum Roten Antikriegstag in München ein großer Sieg der Antimilitaristen war, die unter der Führung der KPD/ML die olympische Friedenslüge entlarvt und sich das Recht auf die freie Straße erkämpft hatten.

Anschließend wurden die Polizeizeugen verhört, die sich fortlaufend in Widersprüche verwickelten. Sie konnten sich weder über die Kleidung, die Genosse Heinz am 2. September 72 trug, einigen, noch über den Zeitpunkt und den genauen Ort, an dem Genosse Baron laut Anklage einen Polizisten getreten haben soll. Einmal wurde behauptet, Genosse Heinz habe am Boden liegend nach dem Polizisten getreten, ein anderer meinte, er habe doch wohl gestanden. Es war offensichtlich, daß hier gelogen wurde, wenn auch schlecht.

Der Antrag der Verteidiger, in alle Akten zu den Roten Antikriegstags-Prozessen Einblick zu bekommen, wurde abgelehnt.

Zum zweiten Prozeßtag war auch die Schulklasse wieder anwesend. Die Genossen führten viele Gespräche mit den Schülern, die zum Teil noch viele Illusionen in den „Rechtsstaat" hatten, die einige von ihnen während der Prozeßtage aber so weit verloren, daß sie den Genossen ihre Adressen gaben.

Am zweiten Prozeßtag wurden Filme über den Roten Antikriegstag gezeigt. **In einer anschließenden Erklärung stellte Genosse Heinz Baron fest, daß die Filme deutlich zeigen würden, daß die Demonstration von der Bevölkerung mit Interesse und Sympathie aufgenommen worden sei. Niemand auf dem Film habe angesichts dieser kämpferischen Demonstration Angst gezeigt. Der Film beweise, daß der Terror gegen die Bevölkerung ausschließlich von der Polizei ausgeübt worden sei.** Das würden auch die Polizeimorde an dem Genossen Günter Routhier und dem Münchner Taxifahrer Günther Jendrian beweisen. Bei der Nennung des Namens Günther Jendrian fuhr der Staatsanwalt in die Höhe. **Er hatte den Einsatz, bei dem Günther Jendrian erschossen wurde, geleitet.** Der Staatsanwalt verlangte, daß die Ausführungen des Genossen Baron in diesem Punkt wörtlich ins Protokoll aufgenommen wurden. Offensichtlich bereitet er bereits eine neue Anklage gegen den Genossen vor.

Es wurde vom Genossen Baron der Beweisantrag gestellt, daß es richtig und angesichts des verschärften Polizeiterrors, des immer offeneren Auftretens der Polizei auch notwendig sei, Helme zu tragen. Nach einer Beratung erklärte das Gericht den Inhalt dieses Beweisantrages zum „Nichttatbestand' der Verhandlung und lehnte ihn ab.

Am 15.10. wird der Prozeß mit einem Lokaltermin am Karlstor, wo die Antikriegstagsdemonstration 1972 die Polizeiketten durchbrochen hatte, fortgesetzt. Dabei werden Genosse Heinz und die Verteidigung nachweisen, daß die Polizeizeugen den von ihnen in verschiedenen Variationen geschilderten Vorgang schon von den örtlichen Gegebenheiten her so gar nicht beobachtet haben konnten.

NIEDER MIT DEN ANTIKRIEGSTAGSPROZESSEN!

Guilleaume-Ausschuß...

Fortsetzung von Seite 1

Geheimkontakte und Hintertreppengeschichten kommen ans Tageslicht. Die schmutzige Wäsche, die vor dem Ausschuß gewaschen worden ist, ist nur ein kleiner Teil dessen, was täglich im Parlament, den Ministerien und Verwaltungen geschieht.

Ohne Betrug, Korruption, zwielichtige Geschäfte des Kampfes jeder gegen jeden um die fetteste Pfründe kann das imperialistische parlamentarische System nicht auskommen. **Marx und Lenin hatten tausendmal recht, als sie sagten, daß die Arbeiterklasse diesen „Saustall" ausmisten und auseinanderjagen muß.**

Enthüllungen über die Arbeit des Geheimdienstes haben während der ganzen Zeit im Ausschuß eine große Rolle gespielt. In den letzten Wochen kam ans Tageslicht, daß der Bundesnachrichtendienst (BND), unter Bruch der Gesetze, eine große Anzahl „ehrbarer" prominenter Persönlichkeiten bespitzelt und über sie Personalakten angelegt hat. (Der BND darf — laut Gesetz — nur im Ausland bzw. Auslandskontakten spitzeln). Das zeigt anschaulich, daß sich die Vertreter der Bourgeoisie selbst nicht trauen, daß sie Material sammeln, um sich gegenseitig zu erpressen, um im gegebenen Moment um „politischen Kampf" Enthüllungen zu lancieren. **Der Wirbel, der um diese Vorgänge gemacht wurde, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Geheimdienste Instrumente der Imperialisten sind, um Wühlarbeit gegen die Völker anderer Länder zu betreiben und das eigene Volk, die fortschrittlichen und revolutionären Menschen, die Kommunisten zu bespitzeln und zu unterdrücken. Jeder kennt die Aggressionen des CIA gegen die Völker.** Dieselbe Aufgabe erfüllt der BND. Seine Agenten wühlten z.B. in der DDR, nutzten die Schwierigkeiten des damals noch sozialistischen Landes im Jahre 1953 aus, um am 17. Juni für die Beseitigung des Sozialismus zu arbeiten. Der Fall Marx, der als westdeutscher Agent an Putschplänen in Guinea beteiligt war, zeigt, daß der BND auch heute Aggressionen gegen andere Völker verübt. Und die über 100 Millionen DM Geheimetat des Bundesverfassungsschutzes werden hauptsächlich zur „Bekämpfung des Linksradikalismus' ausgegeben. Die Agenten Urbach und Ruhland, die in die RAF eingeschleust wurden, sind nur ein Beispiel dafür.

Die Manöver des Guilleaume-Ausschusses sind ein anschauliches Beispiel für die Volksfeindlichkeit und Verfaultheit des Parlamentarismus.

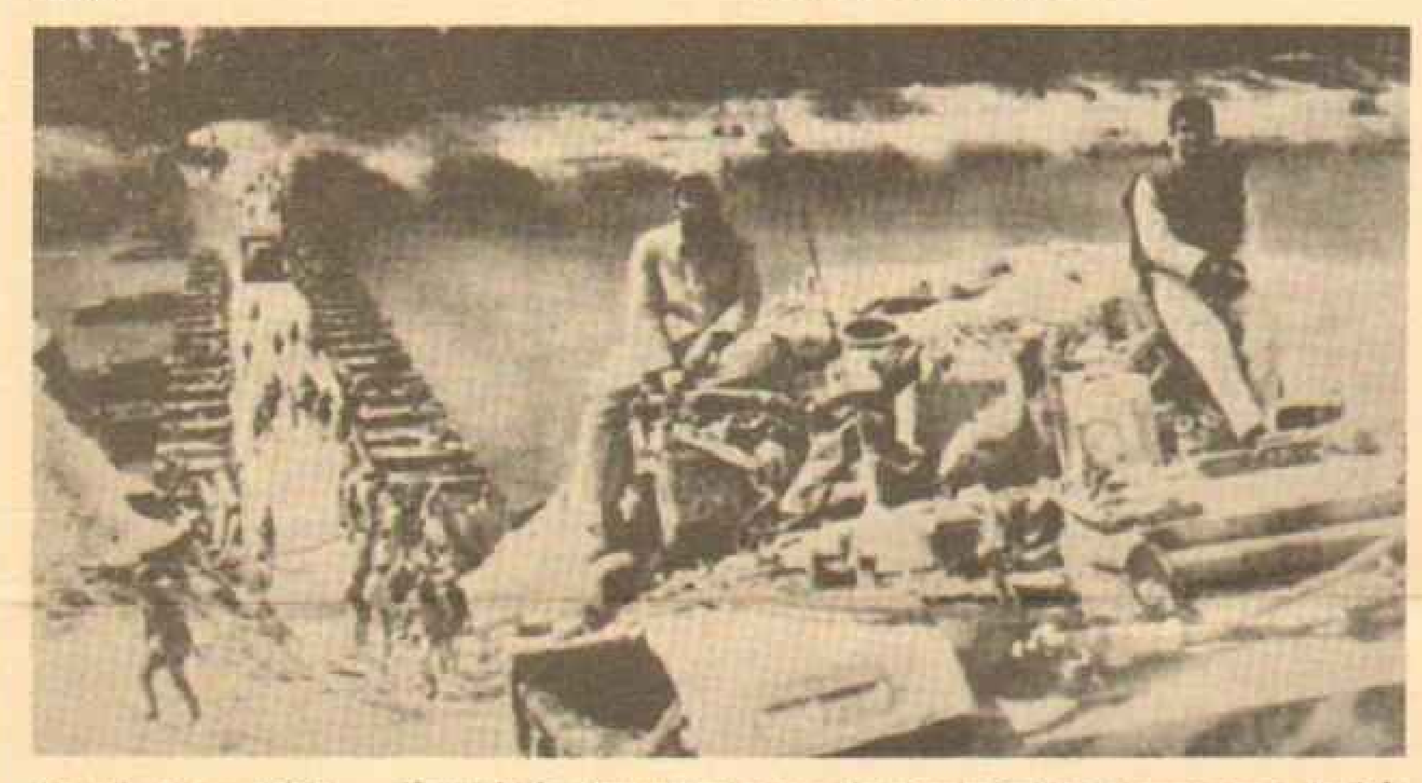
DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Vor einem Jahr: arabische Völker schlagen zionistischen Angriff zurück:

Der Kampf der arabischen Völker wird triumphieren

Vor einem Jahr, als die ständigen Provokationen der israelischen Zionisten in einem militärischen Angriff gegen Palästinenserlager im Libanon und gegen Ägypten gipfelten, erhoben sich die arabischen Völker mit großer Macht, griffen zur Waffe und schlugen den Feind energisch zurück. Der Oktoberkrieg, die Errichtung des Erdölembargos, die arabische Einheit waren eine neue Etappe im gerechten Kampf der arabischen Völker gegen die israelischen Aggressoren. Diese neue Etappe wirkte sich nicht nur negativ auf die Positionen der beiden Supermächte aus, sondern führte zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise der kapitalistischen Länder sowie der internationalen kapitalistischen Beziehungen.

Die wichtigste Grundlage, die die großen Erfolge des Oktoberkrieges und des Ölembargos überhaupt erst möglich machte, war, daß die arabischen Völker ihr Schicksal fest in die eigene Hand nahmen und auf die eigene Kraft vertrauten. Entgegen den Drohungen der US-Imperialisten und entgegen den Anweisungen der verlogenen „Ratgeber" aus Moskau, griffen sie zu den Waffen, um den israelischen Zionisten die richtige Antwort auf ihre Aggression zu erteilen.



Oktoberkrieg 1973: Ägyptische Truppen haben die zionistischen Aggressoren zurück geschlagen und überqueren den Suez im Kampf um die Befreiung der besetzten Gebiete

Seit jeher haben die Imperialisten versucht, sich als „Ratgeber" bei den arabischen Völkern einzuschleichen, indem sie sich als Sachwalter der arabischen Interessen aufspielten. Waren es zu Anfang die britischen Imperialisten, so folgten ihnen die amerikanischen, bis schließlich die sowjetischen Sozialimperialisten sich als arabische „Freunde und Beschützer" im Nahen Osten einzunisten versuchten. Und stets hat es so geendet, daß die arabischen Völker von ihnen um den Erfolg gebracht wurden, daß sich die Ratgeber als das entpuppten, was sie tatsächlich sind: Imperialistische Räuber, die in Wahrheit die zionistische Aggression anheizten, um sich ihr Süppchen darauf zu kochen, die die schwierige Lage der arabischen Länder noch schwerer machten, um sich diese Länder zu unterjochen.

Doch im letzten Oktober vermochten weder die Drohungen der US-Imperialisten die arabischen Völker vom Kampf abzuhalten, noch die Manöver der sowjetischen Sozialimperialisten, die mit Verrat und Erpressung den Vormarsch der arabischen Völker zu stoppen versuchten. Vielmehr schlossen sich die arabischen Völker zusammen, um in gemeinsamer Front der zionistischen Aggression und ihren Anstiftern in Washington und Moskau entgegenzutreten. Schulter an Schulter standen syrische, ägyptische und andere arabische Soldaten mit der Volksmiliz des palästinensischen Volkes in einer Front. Diese Einheit war es, die ihnen die Stärke gab, wichtige militärische Erfolge gegen die Zionisten zu erringen – allem imperialistischen Gerede von der Unschlagbarkeit der zionistischen Armee zum Trotz. Daß es gerade diese Einheit der arabischen Völker ist, die die Imperialisten so fürchten, das zeigten auch die endlosen Reisen von Kissinger und Gromyko in den Nahen Osten, wo sie in Einzelgesprächen mit den arabischen Regierungen immer wieder versuchten, mit der Methode von Zuckerbrot und Peitsche diese Einheit zu spalten.

Die Einheit im Kampf für die Befreiung der Heimat war es auch, die das Ölembargo zu einer wichtigen Waffe gegen die Versuche der Imperialisten machte, in aller Öffentlichkeit die zionistische Aggression zu unterstützen. Wie empfindlich gerade diese Waffe die Imperialisten traf, das machten ihre geradezu panikartigen Konferenzen deutlich, auf denen sie verzweifelt versuchten, alle Welt gegen die arabischen Länder und ihr Ölembargo aufzubringen.

Diese Einheit im Kampf für ihre nationale Befreiung und Unabhängigkeit war und ist nicht nur für die arabische Sache von großer Bedeutung. Ermutigt von dem Beispiel, das die arabischen Länder mit dem Ölembargo gegeben haben, schlossen sich in der Folge die Länder der Dritten Welt noch fester zusammen, um ihre Rohstoffe ebenfalls als Waffe gegen die Hegemonie der beiden Supermächte, gegen Unterdrückung und Ausplünderung durch den Imperialismus zu machen. So haben sich die kupferfördernden Länder und auch die Aluminium produzierenden Länder der Dritten Welt zusammengeschlossen, um gemeinsam ihre Interessen gegen die Imperialisten durchzusetzen.

Der Kampf der arabischen Völker hat darüberhinaus allen Völkern, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit ringen, einen großen Aufschwung gegeben. Denn wie bereits der Kampf der Völker Indochinas hat auch der Oktoberkrieg bewiesen, daß die Imperialisten nicht durch Worte und Verhandlungen geschlagen werden, sondern mit der Waffe in der Hand auf dem Kampffeld. Warum waren denn die Zionisten mit Zustimmung der beiden Supermächte bereit, auf Sinai und auf den Golanhöhen bestimmte Gebietsstreifen zu räumen? Sie, die doch immer so groß getönt hatten, keinen Zentimeter Boden wieder herauszugeben? Haben sie etwa ihre Ansicht geändert? Gewiß nicht. Es waren einzig und allein die schweren Schläge, die ihnen die Einheit der arabischen Völker auf dem Schlachtfeld versetzte, die sie dazu zwangen.

Man kann am Verhandlungstisch nur das durchsetzen, was auf dem Kampffeld erreicht worden ist. Das ist der Grund, warum die beiden Supermächte nichts besseres zu tun hatten, als sofort den Vormarsch der arabischen Völker zu sabotieren, keine Waffen mehr zu liefern und zu drohen. Denn sie fürchten die Niederlage im offenen Kampf. Sie wollen die Situation „weder Krieg noch Frieden", eine Situation der fortwährenden Spannung, in der sie Stück für Stück ihre Position ausbauen, ihren Einfluß vergrößernkönnen.

Man kann am Verhandlungstisch nur das durchsetzen, was auf dem Kampffeld erreicht worden ist. Das ist auch der Grund, warum der einzige Ausweg der arabischen Völker im Befreiungskrieg liegt und warum heute gerade der Kampf des palästinensischen Volkes für die weitere Entwicklung im Nahen Osten große Bedeutung hat. Denn die besten Söhne und Töchter Palästinas haben seit dem Oktoberkrieg niemals die Waffe aus der Hand gelegt und konsequent jede „friedliche Lösung' als Manöver der Imperialisten und Zionisten entlarvt und bekämpft. Heute operieren sie stärker denn je hinter den Linien des Feindes, stiften Verwirrung und Unsicherheit in den Reihen der Zionisten und fügen ihnen bedeutende Schäden zu. Täglich werden Soldaten der Zionisten getötet, wird durch gezielte Sabotagetätigkeit die militärische und wirtschaftliche Kraft des Feindes geschwächt.

Der vereinte Kampf der arabischen Völker im Oktoberkrieg setzte einen Meilenstein in der Geschichte des Befreiungskampfes der arabischen Völker. Die arabischen Völker werden an diesen wichtigen Erfolgen festhalten und sie durch noch größere Siege fortsetzen. Auf diesem Weg wird allen Manövern der beiden Supermächte, jedem Feind der arabischen Völker zum Trotz, die gerechte Sache, für die die Araber seit Jahren kämpfen, eben die Befreiung der besetzten Gebiete und die Heimkehr des palästinensischen Volkes in sein Vaterland triumphieren.

Verstärkter Kampf der nationalen Minderheiten in den USA

Von Rassisten erschlagen wurde in der vergangenen Woche ein Afro-Amerikaner bei Kämpfen in Boston (USA). Die Kämpfe der Afroamerikaner entbrannten, als weiße Rassisten farbige Kinder am Besuch einer Schule hindern wollten. Daraufhin versammelten sich tausende von Afroamerikanern, um ihren Kindern den freien Zutritt zu erkämpfen. Die Behörden der Stadt ließen die Polizei aufmarschieren, um diesen Kampf zu unterdrücken. Die Afroamerikaner ließen sich jedoch nicht einschüchtern, verstärkten ihren Kampf und brachten die Polizei in Bedrängnis, so daß der Bürgermeister Bundestruppen anforderte.

Überall in den USA haben die unterdrückten nationalen Minderheiten – die Afroamerikaner, die Puertoricaner, Mexikaner, Indianer – ihren Kampf gegen rassistische und nationale Unterdrückung, gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit verstärkt.

Am 31. August demonstrierten 3 000 Menschen in Los Angeles gegen die Ausweisung mexikanischer Landarbeiter aus den USA. Zur gleichen Zeit fanden Massendemonstrationen in mehreren anderen Städten von Texas und Kalifornien statt. Die Millionen der mexikanischen Landarbeiter im Südwesten der USA verließen ihre Heimat, weil sie dazu durch die Ausplünderung und Räuberei des USA-Imperialismus in ihrem Land gezwungen wurden. Ohne Arbeitserlaubnis, nach den Gesetzen illegal im Land, werden sie von den grossen Agrarkapitalisten gemietet und schamlos ausgeplündert. Werden sie gebraucht, erhalten die Grenzbehörden einen „Wink", die Kontrollen zu vernachlässigen, werden sie nicht mehr gebraucht, werden die Grenzbehörden benachrichtigt, Razzien zu machen und die Mexikaner werden ausgewiesen, ohne Lohn zu erhalten. Auf diese Art und Weise haben die USA-Imperialisten seit 1970 über 2 Millionen Menschen deportiert.

Die rassistische faschistische Polizei der USA-Imperialisten unterdrückt die nationalen Minderheiten grausam. Allein in der Stadt Atlanta sind von der Polizei im vergangenen Jahr 32 Afroamerikaner erschossen worden. Ein siebenjähriger Junge wurde dabei von mehr als 30 Kugeln durchlöchert. In Denver legte die Polizei Bomben in die Autos von revolutionären Führern der Mexikaner, die bei ihrer Explosion 6 Menschen töteten. In Newark sprengte berittene Polizei eine Versammlung von Puertoricanern. in einem Park, wobei die Pferde ein vierjähriges Mädchen zertrampelten, das jetzt noch immer in Lebensgefahr ist. In den folgenden Tagen griffen 500 Polizisten mit Gewehren und Handgranaten das Viertel der Puertoricaner an, töteten einen Bewohner und verletzten viele.

Die wütende und grausame Unterdrückung der nationalen Minderheiten durch den USA-Imperialismus ist ein verzweifelter Versuch, ihren revolutionären Kampf zu unterdrücken. Sie erreichte das genaue Gegenteil. Ob im Südwesten, in den Millionenstädten des Ostens, ob in Newark oder Atlanta: überall sind die Kämpfe verstärkt aufgeflammt, finden Demonstrationen von hunderten und tausenden von Menschen statt, werden Polizisten angegriffen und Polizeiquartiere umzingelt. Die Kämpfer sind entschlossen, sich mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten zu verbinden und sich im revolutionären Kampf zusammenzuschließen. Letzten Endes werden sie den Sieg davontragen und dem USA-Imperialismus den Todesstoß versetzen.

Aus aller Welt

JAPAN:

Der Besuch von Schiffen der 7. amerikanischen Flotte mit Atomwaffen an Bord hat beim japanischen Volk großen Protest hervorgerufen. Tausende von Menschen aus Tokio, Yokosuka, Nagasaki und anderen Städten haben antiamerikanische Demonstrationen durchgeführt. Sie forderten die Aufhebung des japanisch-amerikanischen „Sicherheits-Vertrages der die Besatzerrechte des US-Imperialismus in Japan garantiert. Diese Demonstrationen haben in Washington und Tokio große Beunruhigung ausgelöst, denn sie fanden kurz vor dem Besuch des US-Präsidenten Ford in Japan statt.

Gleichzeitig wird bekannt, daß die Besatzung des Atomschiffes „Mutsu" (RM 39/74) das Schiff verlassen will, weil sie nicht länger bereit ist, die Gefahr durch ausströmende radioaktive Strahlen zu dulden und die unzumutbaren Arbeitsverhältnisse zu ertragen. Der Kampf der Fischer von Mutsu hat bisher verhindert, daß das Schiff in seinen Heimathafen einlaufen kann, um repariert zu werden.

INDIEN:

Die indischen Werktätigen setzen ihren Kampf gegen die Teuerung fort. Am 7. Oktober demonstrierten in Neu Dehli über 30 000 Menschen gegen die Erhöhung der Preise für Massenbedarfsgüter, gegen die Arbeitslosigkeit und Korruption. Obwohl von der Polizei eingekreist, konnten die Demonstranten in die Residenz der Ministerpräsidentin I.Ghandi eindringen und eine Protestresolution überreichen. Wenige Tage vorher hatten die Werktätigen des Staates Bihar einen Generalstreik durchgeführt, der von der indischen Regierung brutal unterdrückt worden war.

BELFAST:

50 empörte Frauen stürmten vor kurzem ein Gefängnis, in dem 600 politische Gefangene eingesperrt sind. Die Frauen warfen Steine, brannten eines der Außengebäude bis auf die Grundmauern nieder, und erst bewaffneten Soldaten gelang es, die Kämpferinnen kurz vor dem Hauptgebäude aufzuhalten.

ITALIEN/FRANKREICH:

Die Streiks in Italien und Frankreich weiten sich aus. Die 200 000 Fiat-Arbeiter erhielten bei ihrem Warnstreik gegen Entlassungen die Unterstützung von 300 000 Arbeitern aus ganz Turin. In Frankreich streiken nicht nur die Arbeiter und Angestellten des Rundfunks, sondern auch die Autowerker von Titan Codor und die Kumpel der Eisenerzgruben in Lothringen. Mit Gewalt geht die Bourgeoisie gegen die Streikenden vor. Die Gebäude des Rundfunks in Paris wurden von Polizei umstellt und in Turin wurden 13 Arbeiter und Arbeiterinnen verletzt, als Streikbrecher in das Fiatwerk eindringen wollten.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

US-Phantombomber abgestürzt - 4 Menschen tot!

US-Besatzer raus aus Westdeutschland!

Die Menschen in Jöllenbeck bei Bielefeld entgingen nur um Haaresbreite einer Katastrophe. Am 7. Oktober stürzte ein ,Phantom"-Bomber der amerikanischen Besatzer direkt auf eine Kleingartenkolonie in unmittelbarer Nähe der Siedlung am Freibad. Die Maschine explodierte mitten in einem bewohnten Kotten und tötete ein anderthalbjähriges Mädchen und seine Mutter. Auch die beiden Piloten kamen bei dem Absturz ums Leben.

Die amerikanischen Besatzer spielen sich als Herren des Luftraumes auf und nehmen bei ihren Manövern keine Rücksicht auf die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung. Augenzeugen des Unglücks berichteten, daß es zu dem Absturz kam, als zwei Phantombomber ein waghalsiges Manöver durchführten und sich dabei in der Luft berührten. **Die Tatsache, daß ein solches Manöver direkt im Luftraum über der Großstadt Bielefeld durchgeführt wurde, zeigt, daß die US-Besatzer bei ihren Übungen den Tod und die Gefährdung des Lebens der Bevölkerung kaltblütig einkalkulieren.**

Es ist kein Zufall, daß die beiden Phantombomber gerade Bielefeld angeflogen haben. Rings um die Stadt zieht sich ein Kreis von Truppenübungsplätzen, Flugplätzen und Kasernen britischer Besatzertruppen und der Bundeswehr. Häufig fliegen Düsenjäger vom Flugplatz der britischen Luftwaffe in Gütersloh-Marienfelden in Tiefflügen über dichtbesiedelte Gebiete der Stadt.

Zu all dem kommt, daß die abgestürzte „Phantom" elf scharfe Raketen an Bord hatte. Die britischen und amerikanischen Besatzer und die deutschen Behörden versuchen jetzt, diese Tatsache abzuleugnen.

Sie können aber nicht vertuschen, daß sofort nach dem Absturz Katastrophenalarm gegeben worden ist und die Bewohner der Kleingartenkolonie evakuiert wurden. Die Unglücksstelle wurde sofort von britischen Soldaten hermetisch abgeriegelt und pausenlos fuhren Lautsprecherwagen durch das Viertel und forderten die Bewohner auf, sich in Sicherheit zu bringen. Selbst britische Experten wagten es nicht, die Trümmer zu untersuchen. **Aus Angst vor der Explosionsgefahr unternahmen die Rettungsmannschaften keinerlei Versuche, in den Trümmern nach dem anderthalbjährigen Kind und seiner Mutter zu suchen, obwohl zu diesem Zeitpunkt niemand sagen konnte, ob die beiden noch am Leben waren.** Den ganzen Montag über wurde ständig mit der Explosion der Raketen gerechnet. Dazu kommt, daß das ganze Gebiet um die Kleingartenkolonie fünf Tage lang von den Besatzungstruppen hermetisch abgeriegelt worden ist und kein Beobachter geduldet wurde.



Solange die Besatzungstruppen auf deutschem Boden stationiert sind, werden sie die Natur verwüsten, die Sicherheit und das Leben der Werktätigen, wie bei dem Unglück in Bielefeld, gefährden.

Soldaten empört über Manöverterror:

"Denen ist unser Leben einen Dreck wert!"

Wir gehören zum Jägerbataillon 391 und haben am Nato-Manöver „Bold Guard" teilgenommen. Ihr schreibt im „Roten Morgen", daß das Manöver nicht unsere Freiheit schützt, sondern gegen den Frieden und die Freiheit der Völker in Europa gerichtet ist. Wir stimmen damit überein und wollen anhand einiger Beispiele zeigen, wie sich das auch an der Behandlung von uns Soldaten zeigt, auch wenn unsere Kompanie selbst nicht im Brennpunkt des Manövers gestanden hat.

Es fing damit an, daß wir am Wochenende vor Manöverbeginn eine Bataillonsübung zum „Warmlaufen", wie der Kommandeur sich ausdrückte, machen mußten. Wie angekündigt, waren wir Tag und Nacht voll am Rödeln, so daß alle Kameraden schon vor Manöverbeginn die Schnauze gestrichen voll hatten.

Am Montag wurden wir dann „in den Krieg geschickt", wie die Offiziere es nannten. Was wirklich im Ernstfall auf uns zukommt, konnten wir dann in den folgenden Tagen daran sehen, wie man uns schon während eines Manövers in Friedenszeiten behandelt: Oft bekamen wir Kampfaufträge, die im Kriegsfall nur bei eigenem Tod oder schwersten Verlusten durchzuführen sind; zum richtigen Schlafen kamen wir nicht, denn nachdem wir am Tag in der Stellung saßen oder Spähtrupp liefen, mußten wir nachts Wache schieben oder plötzlich die Stellung wechseln; der Sani war tagelang nicht zu erreichen oder er hatte keine Medikamente mehr, so daß wir diese von der Bevölkerung bekamen und das Essen erreichte uns oft nur in der Nacht.

Obwohl es vor der Übung hieß, „das Schanzen im Naturschutzgebiet ist verboten", mußten wir doch teilweise Kampfstände und Schützenmulden bauen. Während wir einfachen Soldaten allen Dreck mitmachen mußten, kampierten die Offiziere in gemütlichen Zelten oder Hotels. **Besondere Empörung herrschte immer dann, wenn diese arroganten Bonzen mit ihren Jeeps vorfuhren, um uns anzuschreien, wenn wir uns mal ausruhten. Viele Kameraden sagten dazu„ das sind bestimmt die ersten, die eine Kugel in den Rücken bekommen."**

Vor allem aber riefen die Nachrichten über die schrecklichen Unfälle, die Toten und Verletzten, die Empörung der Kameraden über das Manöver hervor. Viele meinten dazu „Was soll erst im Ernstfall geschehen, wenn Kameraden schon jetzt ihr Leben lassen müssen", „Den Bonzen ist unser Leben einen Dreck wert" und „Wenn das in unserer Gruppe passiert, dann mach ich nicht mehr mit". Dagegen versuchten die Offiziere die Unfälle zu verharmlosen. „Das wäre normaler Verschleiß", doch zeigten sie nur, wie gleichgültig ihnen unser Leben in Wirklichkeit ist. Als dies dann in einer Übungsnachbesprechung der Kompanie von Kameraden angeprangert wurde, täuschte der Chef Bedauern vor und versuchte schnell das Thema zu wechseln.

Als das Manöver endlich zuende war, mußten wir noch die Nacht draußen verbringen und kamen erst gegen Morgen in der Kaserne an. Auch hier hieß es noch „Erst das Material und dann der Mensch" – also erst Waffen reinigen, bevor wir uns waschen durften.

Ein Kamerad, der sich nicht daran hielt, bekam fürs nächste Wochenende eine Ausgangsbeschränkung aufgebrummt, so daß er nicht nach Hause fahren konnte. Ebenso steht der versprochene Sonderurlaub für das Manöver und das verlorene Wochenende noch in den Sternen, den sollen wir erst nach einer anderen Übung erhalten und dann nur die, mit denen der KP-Chef zufrieden ist. Wer aufmuckt, bekommt neben Diszis auch noch seinen Urlaub gestrichen.

Wir meinen, daß hieran eins deutlich wird: **wir einfachen Soldaten sind nichts anderes als das Kanonenfutter der Konzern- und Finanzbosse, in deren Auftrag die Generäle und Offiziere der Bundeswehr handeln. Doch die einfachen Soldaten sind nicht bereit, sich verheizen zu lassen und immer mehr erkennen die Notwendigkeit, dagegen den Kampf zu führen.** Das zeigt sich auch bei uns, wo der Widerstand gegen Schikane und die tägliche Unterdrückung wächst: immer mehr Kameraden sagen offen ihre Meinung, treten den Dienst nicht an oder Befehle werden nur widerwillig und gegen Protest durchgeführt und die Anzahl der Beschwerden steigt sprunghaft an. Die Offiziere dagegen verstärken den Druck, es hagelt Strafen und Diszis und sie versuchen, die aktivsten Kameraden zu isolieren und einzuschüchtern - doch bisher konnten sie damit keinen Erfolg verbuchen! Wir werden den Kampf gegen den Militarismus weiterführen und der „Rote Morgen" zeigt uns dabei den richtigen Weg!

Im Ernstfall die Gewehre umgedreht!

Soldaten des Jägerbataillons 391 bei Oldenburg in Holstein

Manöver "Harte Nuß"

72 Stunden am Steuer

Der Artikel im „Roten Morgen" über den Manöverterror fand bei allen Kameraden, die dies lasen, große Zustimmung. Auch wir können das aus eigener Erfahrung bestätigen. Vor gut 14 Tagen waren wir, die 7. Panzergrenadier Division im Manöver „Harte Nuß" in Niedersachsen. Unser Bataillon besteht aus zwei Leopard-Kompanien und eine Marderkompanie. Wir selbst sind die Versorgungseinheit.

Welche Menschenverachtung und Volksfeindlichkeit den Charakter der Bundeswehr bestimmen, das hat uns diese Übung deutlich gezeigt. So war die Spritgruppe vom ständigen Offizier gezwungen worden, 72 Stunden in einem durch zu fahren (mit über 4000 Litern Sprit). Dabei kam es zu Unfällen. Ein 5t-Fahrzeug überschlug sich. Durch Glück kamen der Fahrer und der Beifahrer unverletzt davon. Ein anderer fuhr im Halbschlaf gegen ein Haus. Es braucht einen neuen Verputz. Auch haben wir von verschiedenen anderen Kameraden gehört, die Brüche, Prellungen usw. davon getragen haben. Auch wir bekamen oft mehrere Tage lang nichts zu essen. Und wenn es etwas gab, war es meistens schlecht.

Außerdem haben wir davon gehört, daß drei Zivilisten bei einem Unfall getötet wurden, an dem ein Panzer beteiligt gewesen sein soll. Auch Flurschäden hat es gegeben. So berichteten Kameraden berichtet, wie Panzer über Rübenäcker fuhren. Der Bataillonskommandeur behauptet, der Schaden betrage nur 400 000 DM und sei gering. Das macht einem noch deutlicher, wie wenig mancher Bauer bekommt, wenn seine mühevolle Arbeit durch Panzer niedergewalzt wird.

Entsprechend war auch das Verhältnis zur Zivilbevölkerung. Während die einfachen Soldaten bei der Zivilbevölkerung duschen konnten, mußten die Offiziere sich draußen am Waschtrog waschen. Ein Kamerad berichtete, daß er in einem Wirtshaus nicht bezahlen brauchte, während Offiziere bezahlen mußten. So könnte man noch viele Beispiele anführen.

Für etliche von uns war es eine richtige Lehre. Unsere Erfahrungen haben einen Fortschritt gebracht im Kampf gegen Militarismus und Krieg, im Kampf gegen den Staat der Kapitalisten und Imperialisten.

Rot Front!

Ein Genosse

"Über mein Land rollt mir kein Panzer!"

Der Kommandant des Ulmer Panzerbataillons 210 glaubte nicht richtig zu sehen: Als die Leopard-Panzer und Jeeps des Bataillons, das am Nato-Manöver Reforger V teilnahm, gerade in die Kühbacher Flur eindringen wollten, stellte sich ihnen ein Bauer in den Weg und erklärte die Übung für beendet: "Über mein Land rollt mir kein Panzer!"

Von den umliegenden Feldern waren sogleich andere Bauern zur Unterstützung gekommen und stellten sich zusammen mit Bauer Fritz H. vor den Kanonenrohren der Panzer auf: "Auf unseren Feldern wird nicht geübt! Die Ernte ist wichtiger!"

Vergeblich redete der Kommandant im Befehlston auf die Bauern ein, sprach von „Marschbefehl" und 'Geheimauftrag'. Doch die Bauern wichen nicht von der Stelle. Auch als der Kommandant den Bürgermeister zur Hilfe holen ließ, um die Übung auf den Feldern zu erzwingen, blieben die Bauern standhaft. Sie ließen die Panzer nicht eher passieren, als bis der Kommandant wütend die Forderung der Bauern hinnahm: Unter der Bedingung, daß sofort Entschädigungs-Anträge beschafft und Beschädigungen sofort aufgenommen werden, dürfe der Kommandant mit seinen Panzern einmalig auf genau abgesteckter Route das Gebiet passieren.

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526



hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.........................

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift.........................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr

Bremen:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund:
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover:
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel. 0511/44 51 62.

Kiel:
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim:
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten Mo. – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Tel 0621/37 67 44.

München:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/462 60 18, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Parteiveranstaltungen

Dortmund:
„25 Jahre VR China", 18. 10., 19.00 Uhr, „Zum Franziskaner", Franziskanerstraße.
Ausstellung: täglich vom 14. 10. bis zum 21.10. im Parteibüro, Wellinghoferstr. 103.

Marburg:
Veranstaltung zu den Landtagswahlen in Hessen, Gaststätte „Hessischer Hof", Elisabethstraße, am 22.10. um 20.00 Uhr

Wiesbaden:
„Wählt den Klassenkampf", Wiesbaden-Biebrich, Gaststätte Turnhalle, Rathenauplatz, Samstag 26.10. um 19.00 Uhr.